



Deutsche Polizei

Nr. 12 Dezember 2006

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Polizei für die
SICHERHEIT
für die Polizei



In dieser Ausgabe:

GdP:
Berichte vom 23. Ordentlichen
Bundeskongress

Aktionstag der Gewerkschaften:
„Das geht besser, aber nicht von
allein!“

Ausland:
Internationale Polizeieinsätze

Computer:
Fördern Killerspiele die Gewalt?

SENIORENJOURNAL

2 KURZ BERICHTET

*Aktionstag der Gewerkschaften:
Das geht besser, aber nicht von allein!*

4 KOMMENTAR

Unwahrheiten

4/5 FORUM

6 TITEL/ 23. ORDENTLICHER BUNDESKONGRESS

*„Wir brauchen Geschlossenheit!“
Grundsatzrede des GdP-Bundesvorsitzenden*

9 *Bundeskanzlerin führt
Prominentenliste an*

11 *„Gewalt gegen Polizei“
in Kriminalstatistik aufnehmen*

12 *Kongress befürwortet erneuten
Anlauf zum Verbot der NPd*

14 *Polizeieinsatz zur WM und GdP-
Betreuung weltmeisterlich*

16 *Bei aller Nettigkeit – wo bleibt die
Kollegialität?*

17 *Unter 500 Delegierten
kam Poli-Bär zur Welt*

BÜCHER 18

RECHT 19

Parken auf Privatparkplatz

EUROCOP 20

*GdP auf der Herbsttagung des
EuroCOP-Komitees*

DBWV UND GdP 21

*Klare Regelungen zur Amtshilfe
gefordert*

BESOLDUNGSRECHT 22

Einmalzahlung für Bundesbeamte

SOZIALPOLITIK

Rentenreform – so nicht!

INTERNATIONALE POLIZEIEINSÄTZE 25

*Farbenwechsel im Kosovo – die
Ablösung der UN steht bevor*

COMPUTERSPIELE 29

Vom Computerspieler zum Killer?

SENIORENJOURNAL 34-36

Titelbild: Fotos:
ddp und M. Seidenschwanz
Titelgestaltung:
Rembert Stolzenfeld



Deutsche Polizei



Druckauflage dieser Ausgabe:
181.255 Exemplare
ISSN 0949-2844



Inhalt:
100% Recyclingpapier
Umschlag:
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

**Nr. 12 • 55. Jahrgang 2006 • Fachzeitschrift
und Organ der Gewerkschaft der Polizei**

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,
Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP:
<http://www.gdp.de>

Redaktion Bundesteil:
Marion Tetzner
(verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,
Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon (030) 39 99 21 - 114
Fax (030) 39 99 21 - 190
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de

Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiter:
Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

AKTIONSTAG DER GEWERKSCHAFTEN:

Das geht besser, aber nicht von allein!

Die deutschen Gewerkschaften präsentierten sich als politische Großmacht.



Rund 80.000 Demonstranten gingen in der Bundeshauptstadt auf die Straße, um ihren Unmut über die unsoziale Reformpolitik der Bundesregierung öffentlich zu machen. Foto: W. Püschel



Ca. 30.000 Menschen nahmen an der Demonstration zum Heißen Herbst unter dem Motto: „Das geht besser, aber nicht von allein!“ in München teil, die den gesamten Marienplatz total überfüllte. Darunter selbstverständlich die GdP. Foto: M. Wimmer



Rund 45.000 Menschen versammelten sich am 21. Oktober auf dem Stuttgarter Schlossplatz, um von der Koalition in Berlin gemeinsam zu fordern, endlich die große Unzufriedenheit in der Bevölkerung zur Kenntnis zu nehmen und ihre Politik nachhaltig zu ändern. Foto: R. Knospe

Mit Großkundgebungen in fünf Städten folgten am 21. Oktober über 220.000 Menschen dem DGB-Aufruf unter dem Motto: „Das geht besser. Aber nicht von allein!“ Die Demonstrationen waren Auftakt zu weiteren politischen Aktionen in den nächsten Monaten. Z. B. werden die Gewerkschaften die parlamentarischen Beratungen zu den Reformvorhaben mit zahlreichen Aktivitäten inten-



In Berlin verdeutlichte GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg, dass die Politik der großen Koalition zu einer „zunehmenden sozialen Spaltung der Gesellschaft“ führe, während sich immer mehr Menschen aus der politischen Gestaltung der demokratischen Gesellschaft zurückzögen. Foto: R. Stiebitz

siv begleiten und den Dialog mit den Bundestagsabgeordneten auf allen Ebenen führen. Neben medienwirksamen Aktionen bis zum Frühjahr 2007 sollen insbesondere die Abgeordneten von SPD und Union mit den konkreten Auswirkungen der geplanten Reformen konfrontiert werden.

„Wir haben einen langen Atem“, versprach DGB-Vorsitzender Michael Sommer.

red.



Gegen den unsozialen Reformkurs ging ein 35.000-facher Warnruf aus Dortmund an die Adresse der Bundes- und Landesregierung. Die GdP machte lautstark ihren Protest gegen weitere Privatisierung im Polizeibereich, Kürzung der Pensionen, gegen Streichung des Urlaubs- und nochmalige Verringerung des Weihnachtsgeldes deutlich. Foto: Jochen Littau



GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller wies in Frankfurt/Main in seiner Rede darauf hin, dass die Kollegen/innen der Polizei als „Seismographen“ die Erschütterungen durch soziale Konflikte mit als erstes wahrnehmen. Deshalb setze sich die GdP für eine Politik ein, die das Leben der Menschen wirklich verbessere, Arbeitslose nicht verarmen lasse und Arbeitnehmer/innen nicht zu Dumpinglöhnen beschäftigt. Foto: Michael Messer

EURO COP:

Präsident beim Papst

Anlässlich der im Oktober in Rom durchgeführten EuroCOP-Konferenz „Anhörungs- und Konsultationsrechte für Polizeibeschäftigte in Europa“ (ausführlicher Bericht in der DP 1/07) ließen es sich die italienischen Kollegen der Polizeigewerkschaft SIULP nicht nehmen, über das zuständige Kardinalssekretariat im Vatikan für den EuroCOP-Präsidenten ein per-

sönliches Treffen mit Papst Benedikt XVI. zu arrangieren. Der Papst verband seinen Dank für die überbrachten Grüße von EuroCOP mit besten Grüßen und Wünschen an die Polizeibeschäftigten in Europa und zeigte großes Interesse und Verständnis für die „mitunter so schwierige Tätigkeit“ im Bereich der Inneren Sicherheit.

red.



EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer nimmt die Grüße und besten Wünsche von Papst Benedikt XVI. für die Polizeibeschäftigten in Europa entgegen. Foto: L'Osservatore Romano

BUNDESPOLIZEI:

Getäuscht – Irreführung

Unsere Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei finden auf Seite 1 in ihrer Ausgabe des Bezirksjournals einen Kommentar ihres Vorsitzenden, Josef Scheuring, worin er um Vertrauen wirbt. Insbesondere um Zutrauen und Ehrlichkeit an die politisch Verantwortlichen in Deutschland und an ihre Fähigkeiten. Dieser Artikel war noch nicht „trocken“, da ließ der Bundesminister des Innern eine umfassende Reform der Bundespolizei verkünden. Hierbei war die GdP in keinsten Weise vorab eingebunden!

Konspirativ, unakzeptabel und unanständig – drei Adjektive, mit

denen dieses Vorgehen beschrieben werden kann. Josef Scheuring unermüdliches Bemühen, dass die Menschen in der Bundespolizei im Hinblick auf Veränderungen mitgenommen werden, wurden mit diesem Vorgehen des BMI konterkariert. Wir bitten deshalb alle Leserinnen und Leser des Bezirksjournals Bundespolizei um Beachtung, dass sich dieser Text vor Bekanntgabe der Veränderungen bereits in Druck befand. Traurig nur, dass bereits die Überschrift:

„Demokratie braucht Vertrauen“ durch das Vorgehen des BMI mit „Füßen getreten“ wurde. **Martin Schmitt**

BRANDENBURG:

Massive Proteste gegen Kürzung des Weihnachtsgeldes

Über 8.000 Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft der Polizei und anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Brandenburg, darunter 5.000 Polizistinnen und Polizisten, wehrten sich mit einer machtvollen Demonstration Ende November in der Landeshauptstadt Potsdam gegen die Pläne der Landesregierung, das Weihnachtsgeld für Beamte drastisch zu kürzen.

Der GdP-Landesbezirksvorsitzende Andreas Schuster in seiner Rede an die erbosten Polizisten, Lehrer und Justizbeschäftigten: „Wir haben 2004 bis 2006 insgesamt 300 Millionen Euro an Personalkosteneinsparungen erbracht. Als Dank dafür werden

jetzt den Beamtinnen und Beamten jährlich weitere 70 Millionen Euro gestrichen.“ Schuster forderte eine Gleichbehandlung der Beamten gegenüber den Tarifbeschäftigten: „Die Beamtinnen und Beamten wollen nicht mehr und nicht weniger als das, was für unsere Arbeiter und Angestellten mit der Landesregierung tariflich ausgehandelt wurde“. Die GdP-Brandenburg kündigte an, den Druck auf die Landesregierung weiter zu verstärken. Als erste Maßnahme seien alle Polizistinnen und Polizisten aufgerufen worden, ab kommenden Dezember die Erhebung von Verwarngeldern auf ein absolutes Minimum zu reduzieren.



Foto: Michael Peckmann

SACHSEN:

Matthias Kubitz als Landesvorsitzender bestätigt

Auf ihrem Landesdelegiertenstag vom 26. bis 28. Oktober 2006 in Dresden sprachen die Delegierten Matthias Kubitz mit großer Mehrheit (84 %) erneut das Vertrauen aus. Weiterhin wählten sie Brigitte Kühnert, Matthias Büschel, Peer Oehler und Torsten Scheller zu Stellvertretern.

Wie in den meisten Ländern wird auch die GdP in Sachsen intensiv vor allem gegen den vor-

gesehenen massiven Personalabbau eintreten, für einen den polizeilichen Aufgaben gerecht werdenden Einstellungskorridor und für die weitere Ausgestaltung des Aus- und Fortbildungsangebotes für die Polizeibeschäftigten. Darüber hinaus wird sie sich für eine angemessene Personal- und Sachausstattung und für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stark machen.

Uwe Kleine

KOMMENTAR

Unwahrheiten

Unter großer Beachtung von Politik und Öffentlichkeit stand der 23. Ordentliche Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei. Die Anzahl der Gäste, an ihrer Spitze Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und die Resonanz in den Medien haben wieder einmal unter Beweis gestellt: Die Polizei hat einen hohen Stellenwert in der Gesell-



schaft und die Gewerkschaft der Polizei ist ihre Stimme.

Eine unbequeme Stimme. Immer wieder hat die GdP in den Jahrzehnten ihrer Geschichte den Finger in Wunden gelegt, die durch die rasche Folge von Wort und Wortbruch, Anerkennung und Verachtung, Sonntagsreden und praktischer Politik geschlagen worden waren. Auch jetzt wieder.

Die Bundeskanzlerin, Parteivorsitzende und Generalsekretäre fanden viele Worte des Lobes und der Anerkennung für die Arbeitsleistung der Polizei. Aber kaum hatten sich die Türen des Kongresssaales geschlossen, handelte die Politik nach dem Motto: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?“

Da hat der Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble,

im Zuge der Vorbereitung und Entscheidung weiterer Organisationsänderungen im Aufbau der Bundespolizei die Mitarbeitervertretungen der Bundespolizei offensichtlich bewusst im Unklaren gelassen und alle mutmaßlichen Kritiker im Vorfeld ausgegrenzt. Zudem hat er die gesetzliche Verpflichtung, den Bundespolizei-Hauptpersonalrat vor solchen Entscheidungen zu beteiligen, missachtet. Nach Schäubles Plänen sollen Standorte geschlossen werden, Dienstorte verändern sich. Das hat meist zur Folge, dass Kolleginnen und Kollegen mit ihren Familien umziehen müssen. Dagegen wird sich die GdP zur Wehr setzen.

Auch in Köln mussten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung 6 des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit Fassungslosigkeit und Entsetzen den Beschluss des Bundesministers des Innern zur vollständigen Verlagerung der Abteilung bis 2009 nach Berlin zur Kenntnis nehmen. Gegenüber dem Personalrat und gegenüber Entscheidungsträgern des Amtes, hatte das Bundesinnenministerium dementiert, dass solche Umzugspläne überhaupt existieren. Die GdP jedenfalls wird gegen einen Komplettumzug der Abt. 6 kämpfen und unterstützt mit Nachdruck die Bemühungen des Personalrates, diesen Umzugsbeschluss zu kippen.

Bundesinnenminister Schäuble war nicht auf dem GdP-Kongress. Dafür aber seine Regierungschefin. Und sie hatte zum Schluss ihrer Rede gesagt: „Wir werden jederzeit weiter dialogbereit mit Ihnen sein, das Gemeinsame auch gemeinsam vortragen, das uns Trennende zu überwinden versuchen. Abschließend noch einmal ein herzliches Dankeschön für Ihre Arbeit!“ Sieht so Dialogbereitschaft aus? Dass die Käseglocke des Regierungsviertels of-

fenbar die Sicht auf das wirkliche Leben trübt, mussten wir bereits während des Kongresses den Politikern mehrfach ins Stammbuch schreiben. Da veröffentlichte die Minister Zypries und Schäuble einen Sicherheitsbericht und kommen zu dem Ergebnis: Das Land ist sicher, alle fühlen sich wohl – und wer das nicht tut, bildet sich nur was ein. Gleichzeitig bedrängt und verprügelt in Berlin ein Mob von einigen Dutzend Leuten zwei Polizeibeamte, die zwei Zwölfjährige wegen einer Raubtat festnehmen wollen, werden Rettungskräfte an ihrer Arbeit gehindert, dringen maskierte Jugendliche in den Klassenraum einer Schule ein und verletzen einen Jungen mit mehreren Messerstichen.

„Polizei für die Sicherheit – Sicherheit für die Polizei!“ war das Motto des Kongresses, das die Summe unserer Alltagserfahrungen ebenso wie das, was die Gesellschaft und wir selbst benötigen auf eine Formel gebracht hat.

In Sicherheit zu leben, mit sicherer Perspektive seine Kinder zu erziehen und in die Welt zu schicken und ohne Sorge den Lebensabend zu erwarten, ist immer weniger Menschen in diesem Land vergönnt. Dazu gehören auch Polizeibeamtinnen und -beamte, bei der Polizei beschäftigte Frauen und Männer im Arbeiter- und Angestelltenverhältnis. Für meine Kolleginnen und Kollegen auf der Straße wird der Dienst immer gefährlicher und für alle die Berufsperspektive unsicherer, eine Lebensplanung immer schwieriger.

500 Mandats- und Gastdelegierte haben sich vier Tage lang auf dem Kongress mit insgesamt 250 Einzelfragen dieses Berufes und seiner Angehörigen beschäftigt und ein dickes Auftragspaket für die kommenden vier Jahre geschnürt. In diesen 250 Einzelfragen liegen eine Menge unbequemer Wahrheiten.

Zu: Leserbrief von Koll. Wendt (Beurteilungen), DP 11/06

Zunächst einmal bin ich erfreut, dass über dieses sensible Thema endlich einmal in größerem Rahmen kritisch diskutiert werden darf. Daher an dieser Stelle: Danke an die Redaktion!

Der Koll. Wendt hat in seinem Leserbrief lediglich subjektive Eindrücke vorgetragen. Aber genau darum geht es: der Subjektivität entgegenzuwirken durch absolute Sachlichkeit. Genau das, was unsere Beurteilungen bewirken, nämlich u. a. Zwiertracht, hat der Kollege Wendt beschrieben. Er zeigt mit dem Finger auf andere. (Auch) Er ist somit dem Negativeffekt zum Opfer gefallen. Mal ganz allgemein: Wenn Du gut bist, fällt es auf – oder etwa nicht? Wenn der/die andere faul ist, fällt das doch auch auf – oder etwa nicht? Liegt es etwa am Chef, dessen Sympathie Du leider nicht genießt? Oder gar an unserem schlechten Beurteilungssystem? Warum nur interessieren Dich die Anderen?

1. Wer sich für die Karriere empfehlen möchte, stellt sich einem Auswahlverfahren. Möge der Bessere gewinnen.

2. Alle Sachbearbeiter/innen innerhalb eines Teams (AF/ESD/WG etc.) sind aufeinander angewiesen. Wer eine Maßnahme durchführt, egal welcher Art, ist zu 99% auf die Anwesenheit/Sicherung/Unterstützung seines/r Kollegen/in angewiesen. Wer fragt nach der Motivationslage der herbeilenden/unterstützenden Hilfe leistenden Kollegen/innen?

3. Worauf wurde unsere zwei geteilte Laufbahn in Niedersachsen wohl aufgebaut und worauf stützte sich das Kienbaumgutachten? Auf die Arbeit der faulen Säcke, die ihren Hintern nicht aus den Streifenwagen bekommen? Denkt mal nach!

4. Wieso traut sich keiner, etwas zur Sozialkomponente zu sagen? Ich will ganz bewusst provozieren:

Jede/r der/die keine Kinder in die Welt setzt (und gesund ist) ist ein „Sozialschmarotzer light.“ Jede/r mit Kindern ist besser zu beurteilen als der ohne. BASTA!

Unsere Landes- und Bundespolitik zielt darauf ab, Familien zu schützen und zu unterstützen. Wo ist die Unterstützung von der Polizei für ihre Beschäftigten im Hinblick auf Beruf/Karriere und Kinder? Also wenn Beurteilungen, dann bitteschön gerecht oder möge der Klageweg die Entscheidung bringen! Wer sich heutzutage noch ernsthaft mit Beurteilungen auseinandersetzt hat entweder ganz konkrete Hintergedanken (Machtinstrument Beurteilung) oder muss sich einmal intellektuell hinterfragen. Denn unsere heutige Beurteilung dient lediglich der Steuerung von Haushaltsmitteln.

Man stelle sich vor: eine Dienstabteilung voller guter Kolleginnen und Kollegen. Es kann nicht sein, was nicht sein darf – also los mit Quotierungen/Differenzierungen/Ranking ... Wer hat schon einmal an einer Beurteilungsrunde teilgenommen? Manche sprachen von einem indischen Basar (natürlich nicht offen).

Ich beneide keine/n darum, eine Gruppe quotieren zu müssen. Aber allein die Tatsache, dass wir das tun müssen, zeigt die Schwäche und somit die Ungerechtigkeit im System.

Die Tatsache, dass es Demotivation und Faulheit trotz unseres Beurteilungssystems gibt, zeigt doch überdeutlich, dass es versagt. Es gibt Demotivation und geistige Trägheit in jeder Besoldungs- und Berufsgruppe. Aber das kann ja wohl nicht die Argumentation der Beurteilungs-Befürworter sein. Ist das wirklich alles was ihr an Argumenten zu bieten habt?

Ernst Wagner, per E-Mail



Beurteilungen sind doch für jeden wichtig. Jeder möchte doch wissen, wie sein Chef die erbrachten Leistungen einschätzt und nur so hat man die Möglichkeit seinen Chef richtig kennen zu lernen.

Jetzt werden diese Beurteilungen aber als Maßstab bei Beförderungen benutzt und schon sind viele unzufrieden. Aus diesem Dilemma kommen wir nur heraus, wenn die Politik davon überzeugt werden kann, für eine ausreichende Anzahl von Beförderungsstellen zu sorgen und sich von der Man-

gelverwaltung zu verabschieden.

Jetzt treibt dieses Beurteilungs(un)wesen auch noch einen Keil zwischen „ALT und JUNG“. Das Klima wird so nicht besser.

Mich treibt nun aber ebenfalls die Frage um, wer ist nun besser der Junge oder der Alte?

Meines Erachtens sind Vergleiche zwischen jung und alt nicht möglich. Weiß der junge Kollege, welche Leistungsfähigkeit der nun ältere Kollege in seinem Alter gezeigt hat? Und weiß er zu welchen Leistungen er fähig ist, wenn er das Alter dieses Kollegen erreicht? Vermutlich nicht.

Aus diesem Grund sollten solche Vergleiche auch unterbleiben. Wir sollten gemeinsam an unserer Aufgabe arbeiten.

Mein Vorschlag: Dienstpostenbewertung und dann gleiches Geld für gleiche Arbeit, egal ob alt oder jung.

Hans Hennemann, per E-Mail

Zu: Cyberbullying, DP 10/06

Den Artikel fand ich sehr interessant. Da ich als Sachbearbeiter einer der im Artikel erwähnten Fälle damit zu tun hatte, kann ich den Inhalt bestätigen. Er ist in seinem präventiven Charakter auch durchaus zu begrüßen.

Gleichwohl wird dieser Artikel, insbesondere die Randspalte auf Seite 15, sicher auch von Beamten als Handlungsempfehlung herangezogen. Das Schlimmste, was in einem solchen Fall passieren kann ist, dass ein einschreitender oder auch ermittelnder Beamter beginnt, die Inhalte des Mobiltelefons und der enthaltenen Speichermedien zu durchsuchen in der Hoffnung, die Inhalte zu finden. Dadurch können Daten (unbeabsichtigt) verändert oder vernichtet werden.

Insofern wäre es hilfreich den Hinweis anzubringen, dass es sich dabei nicht um Handlungsempfehlungen zur kriminalistischen Sachbearbeitung, sondern um allgemeingültige Hinweise, z. B. für Eltern, handelt. Für ermittlungstaktisch richtiges Vorgehen stehen die jeweiligen Fachdienststellen den Beamten gern zur Verfügung.

Dirk Kunze, per E-Mail



Allen unseren Lesern und ihren Angehörigen wünschen wir ein friedvolles und besinnliches Weihnachten – verbunden mit den besten Wünschen für Gesundheit, Erfolg und Freude im neuen Jahr.

Zu: Die Kunst, das Leben neu zu planen, DP 10/06

Mit großem Interesse lese ich die DP und sehr aufmerksam das alle 2 Monate erscheinende Seniorenjournal. Ich freue mich immer wieder über die guten und informativen Artikel und bewundere das ansprechende Layout unserer Zeitschrift.

Dafür gehört den Verantwortlichen der Redaktion ein herzliches Dankeschön. Gerade für uns ältere Mitglieder ist das Seniorenjournal nicht nur eine Quelle guter Informationen und Anregungen für eine sinnvolle Gestaltung der 3. Lebensphase, die GdP liefert damit auch den Beweis, dass wir, die Alten, noch dazu gehören und von unserer GdP nicht im Stich gelassen werden. Dank gebührt auch dem Kollegen Heinz Blatt, der mit seinen „Gedanken und Anregungen“ uns älteren Mitgliedern Mut macht, sich im Alter neuen Aufgaben zu stellen, sich

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

nicht zu isolieren, sondern den „Herbst des Lebens“ in Gemeinschaft zu genießen. Danke für den schönen Artikel in der Oktoberausgabe. Er hat mir gut gefallen.

Walter Heß, Betzdorf

Zu: Autofahren in Europa, DP 8/06

Auf diesem Weg möchte ich mich für die Zuschrift, bezüglich des Artikels „Autofahren in Europa – Verfolgung von Verkehrsverstößen“ DP 8/06, persönlich bei Herrn Thomas bedanken.

Es ist richtig, wenn Sie sagen: „Man muß nur wissen wo es steht.“ In diesem speziellen Fall, einer Fahrer- bzw. Halterermittlung in kleinen und mittleren Firmen bzw. Betrieben hilft der § 130 OWIG tatsächlich weiter.

Ich habe für meine Dienststelle ebenfalls ein MS-Word-Musterdokument geschaffen, auf welches alle Kollegen zurückgreifen können.

Jörg Lehmann, Bad Salzungen

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de**

„Wir brauchen Geschlossenheit!“

(Aus der Grundsatzrede des GdP-Bundesvorsitzenden)

In seiner Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Situation ging der GdP-Bundesvorsitzende insbesondere auf die hohen Haushaltsdefizite von Bund und Ländern ein, die in erster Linie durch das Wegbrechen staatlicher Einnahmen – nicht durch steigende Personalkosten – entstanden seien. Seit 1998 wurden nämlich mehr als eine halbe Million Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut, die Arbeitszeiten erhöht und die Einkommen gekürzt.

In seiner Grundsatzrede auf dem 23. Ordentlichen Bundeskongress der GdP behandelte der alte und neue GdP-Bundesvorsitzende, Konrad Freiberg, einen Katalog von Fragen, die sowohl die Lage der Inneren Sicherheit, den Zustand der Gesellschaft, die Situation der Polizei und die Probleme der Polizeibeschäftigten behandelten.

könnte so unser gesamtes Sozialgefüge und die sozialen Sicherungssysteme zusammenbrechen. Er appellierte daher an ein stär-

schaftliche Aufmerksamkeit gebühren müsse: die zunehmende soziale Spaltung unserer Gesellschaft, zunehmende Gewalt-

kriminalität, zunehmender Rechtsextremismus, der islamistische Terrorismus, die Auslands-Einsätze der Polizei und die Diskussion um einen Bundeswehreinsatz im Inneren, die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und die Veränderungen der Sicherheitsarchitektur.

Konrad Freiberg, alter und neuer Bundesvorsitzender der GdP bei seiner Grundsatzrede vor dem Kongress in Berlin.



Auch die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherheitssysteme gerate zunehmend insbesondere durch den stetigen Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ins Wanken. Und die Regelungen für Mini- und Midijobs gehörten auf den Prüfstand. Armutslöhne, die den Weg in die Armut ebneten, müssten verhindert werden.

„Das bedeutet für uns Gewerkschaften auch, den Einzelnen zu sehen und seine individuellen Bedürfnisse ernst zu nehmen, ohne die gewerkschaftliche Schutzwirkung durch vereinbarte Solidarstandards aus den Augen zu verlieren.“

Er hob an dieser Stelle das Kongress-Motto hervor: Polizei für die Sicherheit – Sicherheit für die Polizei. Es signalisiere im ersten Teil die Auseinandersetzung mit Fragen der Inneren Sicherheit sowie Aufgaben und Rolle der Polizei.

Aber damit die Polizei Sicherheit gewährleisten kann, brauche sie Sicherheit – dies gelte für Beamtinnen und Beamte im Vollzug und in der Verwaltung ebenso wie für die Beschäftigten im Tarifbereich oder bei den anderen Sicherheitsbehörden. Darauf sollte der zweite Teil des Kongressmottos aufmerksam machen.

Die Kolleginnen und Kollegen benötigten insbesondere vernünftige Arbeitsbedingungen im alltäglichen Dienst und im akuten Einsatzgeschehen, sie brauchten wirtschaftliche und soziale Absicherung für sich und ihre Angehörigen sowie Planungssicherheit für ihre persönliche Lebensgestaltung.

Föderalismusreform

Die Folgen der Verlagerung des Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrechtes in die Länder stellen die GdP vor große Herausforderungen, da die reale Sorge bestehe, dass Beschäftigte gegeneinander ausgespielt und gleichzeitig damit die gewerkschaftliche Solidarität beeinträchtigt werde.

Auch die so genannte leistungsorientierte Bezahlung werde noch viel Ärger bereiten, befürchtet Konrad Freiberg. Ebenso stelle die Föderalismusreform eine Gefahr für die zweigeteilte Laufbahn dar, weil einige Länder beabsichtigen, eigene Laufbahnen für die Polizei zu schaffen.

Die GdP bleibe dabei, so Konrad Freiberg: „Die polizeiliche Arbeit muss dem gehobenen Dienst zugeordnet werden.“

Ausbildung

Eingehend auf die zentrale Bedeutung der polizeilichen Ausbildung verwies der GdP-Bundesvorsitzende auf die Weiterentwicklung der Polizeiführungsakademie zur Deutschen Hochschule für Polizei und den Bologna-Prozess auf EU-Ebene. Heute würden die meisten Bundesländer an einer Umstellung ihrer Fachhochschul-Studiengänge auf den Bachelor-Abschluss arbeiten. Allerdings gehen einige Bundesländer Wege, die die GdP kritisch bewerte bzw. ablehne. So plane

Entsolidarisierung

Mit Sorge nehme er auch einen starken Trend zur Individualisierung in der Gesellschaft wahr, so Konrad Freiberg. Ungebremst

Innere Sicherheit

Konrad Freiberg wies in diesem Bereich auf eine Reihe von Aspekten hin, denen mehr gesell-

Hamburg, das Grundstudium der Fachhochschule gemeinsam mit der privaten Sicherheit durchzuführen und die Studenten sollen während dieser Zeit keine Besoldung erhalten.

Andere Länder haben bereits bzw. planen vergleichbare Ausbildungsgänge. Aus Sicht der GdP ein Irrweg.

Tarfbereich

2006 haben die Tarifbeschäftigten in einem harten 14-wöchigen Arbeitskampf erreicht, dass

neben dem TVöD im Bund am 1. November 2006 auch ein Tarifvertrag für die Länder (außer für Berlin und Hessen) in Kraft getreten ist. Damit wurden die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und auch der Flächentarifvertrag im öffentlichen Dienst gerettet. Konrad Freiberg verwies auf die sich auch hier abzeichnenden neuen Herausforderungen: Durch den Abschluss des Tarifvertrages für die Länder haben die Tarifvertragsparteien in den Punkten Arbeitszeit, Sonderzahlung und vermögenswirksame Leistungen ein gesondertes

Kündigungsrecht vereinbart. Anders wäre ein Abschluss nicht denkbar gewesen. Somit stünden 2008 Arbeitszeit und Sonderzahlungen in den einzelnen Ländern zur Disposition.

Im gleichen Jahr werden außerdem in den Ländern die Verhandlungen zur zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Tarifbeschäftigten fällig.

Und auch an dieser Stelle appellierte Konrad Freiberg an die Geschlossenheit in der Gewerkschaft: „Wir dürfen uns dabei von den Arbeitgebern nicht auseinan-

derdividieren lassen. Weder zwischen den Beschäftigtengruppen noch zwischen den Beschäftigten verschiedener Länder.“

Personalsituation

Konrad Freiberg verwies auf den bundesweiten Abbau von Polizistinnen- und Polizistenstellen – in den letzten fünf Jahren von 273.000 auf 266.000. Gleichzeitig wurden über 6.000 Stellen im Tarfbereich gestrichen. Für die nächsten Jahre seien in den meisten Bundesländern die

Der neue Geschäftsführende GdP-Bundesvorstand



Höhepunkt des zweiten Kongresstages waren die Wahlen zum Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV). Fest stand, dass Elisabeth Uzunoglu (bisher im GBV zuständig für Sozialpolitik, Sozialversicherungsrecht, Gesundheitspolitik, Frauen) nicht mehr kandidieren wollte.

Der Kongress legte auch fest, dass der GBV künftig aus neun statt aus bisher zehn Mitgliedern besteht. Konrad Freiberg wurde mit einem überzeugenden Ergebnis von 95,3 % wieder gewählt.

Detlef Rieffenstahl, (bislang zuständig für Allgemeines Recht, Polizeirecht, Satzungsfragen, Öffentliches Dienstrecht, BFA Schutzpolizei, Umweltkriminalität, Wechselschichtdienst, Einsatz/Verwendung, BFA Bereitschaftspolizei) erhielt für eine Wieder-

wahl nicht die erforderliche Stimmzahl. Dafür kandidierte Elke Gündner-Ede (Niedersachsen) und kam im zweiten Wahlgang auf die erforderliche Mehrheit.

Die Geschäftsverteilung wird auf einer der nächsten Sitzungen des Geschäftsführenden Bundesvorstandes erfolgen.

Der neue Vorstand von links: Bernhard Witthaut (Stellv. Bundesvorsitzender), Konrad Freiberg (Bundesvorsitzender), Jörg Radek (Stellv. Kassierer), Kerstin Philipp (Stellv. Bundesvorsitzende), Elke Gündner-Ede (Weiteres Mitglied), Frank Richter (Bundesschriftführer), Heinz Kiefer (Stellv. Bundesvorsitzender), Hugo Müller (Stellv. Bundesvorsitzender) und Andreas Schuster (Bundeskassierer).

23. ORDENTLICHER BUNDESKONGRESS

Streichung von vielen weiteren Tausend Polizistenstellen geplant.

Gefahren des Polizeiberufes

Auch in seiner Grundsatzrede griff der Bundesvorsitzende die gestiegene Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft auf, die auch Polizistinnen und Polizisten deutlich zu spüren bekämen: „Unsere Kolleginnen und Kollegen schlägt bei Einsätzen immer häufiger offene Feindschaft entgegen. Sie werden bespuckt, geschlagen, getreten, mit Flaschen und Steinen beworfen, sogar mit Waffen bedroht und angegriffen.“ – nicht nur bei Großereignissen, sondern gerade alltägliche Einsätze eskalierten immer häufiger. Häufigkeit und Intensität der Angriffe ließen sich kaum noch mit früheren Maßstäben messen.

Den Schlüssel für den polizeilichen Erfolg sieht der GdP-Bundesvorsitzende in einer „personell und technisch gut ausgestatteten Polizei, die gut ausgebildet ist und vor allen Dingen, in der jeder einzelne Beschäftigte hoch motiviert ist.“

Im Folgenden würdigte er die polizeilichen Erfolge in diesem Staat, wodurch die Polizei von den Bürgerinnen und Bürgern mit einem hohen Vertrauensbonus bedacht werde, wie repräsentative Umfragen immer wieder beweisen.

Eine hohe Akzeptanz in der Öffentlichkeit, in der Politik und in der Wahrnehmung durch die Medien sei auch für die GdP vorhanden, sie habe einen guten Ruf, konnte Konrad Freiberg feststellen und betrachtet das als eine gute Grundlage für die weitere Arbeit.

Perspektiven für die GdP

Angesichts der Probleme, die auf die Gewerkschaften allgemein und die GdP im Besonderen zukommen, appellierte Konrad Freiberg wiederholt an die Solidarität aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: „Unsere Geschlossenheit ist unser Kapital!“ Das gelte auch für

den Verbund mit den anderen Gewerkschaften im DGB. Nur so habe man die Chance der Einflussnahme. Natürlich sei das bei 6,7 Millionen Mitgliedern in acht Gewerkschaften nicht einfach. Die GdP werde künftig stärker die Besonderheiten der Polizei, des Polizeiberufes, der vielfältigen Tätigkeiten bei der Polizei und auch der anderen Sicherheitsbehörden stärker in den Vordergrund stellen – sowohl für tarifliche und beamtenrechtliche Regelungen als auch bei der Vertretung von den Interessen der Polizeibeschäftigten

Außerdem, so Freiberg, müsse man über eine Konzentration der Beamtinnen und Beamten auf den engen hoheitlichen Bereich nachdenken: „Warum nicht den staatlichen Hoheitsbereich auf die Justiz, Polizei u. a. Sicherheitsbehörden sowie Verteidigung beschränken? Das ist sogar auf EU-Ebene vorgeschlagen worden!“

Stärkere Vernetzung im Bereich der Inneren Sicherheit

Die starke Vernetzung der unterschiedlichen Sicherheitsbehörden, der privaten Dienstleister und der Hilfsorganisationen für den Katastrophenschutz im Bereich der Inneren Sicherheit will die GdP stärker als Netzwerk nutzen, um weiterhin ihre Funktion als Sprecherin der Inneren Sicherheit deutlich wahrnehmen zu können.

Veränderung der Sicherheitsarchitektur

Die Sicherheitsarchitektur, insbesondere auf Bundesebene, müsse auf den Prüfstand, um unnötige Aufgaben und doppelt und dreifach ausgeführte Arbeiten zu verhindern.

Darüber hinaus sei eine intensive Kooperation bei den Investitionen gefragt: „Was spricht dagegen, wenn man sich im Bereich der Technik gegenseitig unterstützt, z. B. bei den Hubschraubern, oder gemeinsame Anschaffungen macht? Warum haben wir alle unterschiedliche, teure IT-

Systeme, die nur mit einem hohen Aufwand koordiniert werden können?“

Forderung nach einer Bundesfinanzpolizei

Um die Bekämpfung der Kriminalität im Zusammenhang mit dem Außenhandel, die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, der Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit weiter zu verbessern, fordere die GdP, so Konrad Freiberg, die Schaffung einer Finanzpolizei – bestehend aus der vorhandenen Finanzkontrolle Schwarzarbeit und den Vollzugsteilen des Zolls.

Konsequenzen für die GdP

Die GdP habe als Sprecherin der Inneren Sicherheit, in Fachfragen eine hohe und anerkannte Fachkompetenz, die es weiter auszubauen gelte.

Als „Kernkompetenz unserer gewerkschaftlichen Arbeit“ bezeichnete der GdP-Bundesvorsitzende die Probleme des Arbeitsplatzes: „Ausrüstung und Ausstattung sind für die Kolleginnen und Kollegen von zentraler Bedeutung – egal ob Büro, Werkstatt oder Streifenwagen.“ Besonders gelte das für alle Ausrüstungsgegenstände, die der Sicherheit der Polizistinnen und Polizisten dienen.

„Der Arbeitsplatz im weiteren Sinne muss im Zentrum der gewerkschaftlichen Vertretung stehen.“ Gemeinsam mit den Personalvertretungen seien hier spürbare Erfolge möglich.

Der Entsolidarisierung in der Gesellschaft, dem Zerfall sozialer Strukturen, der zunehmenden Vereinzelung müsse die GdP als Schutzgemeinschaft, als erlebbare Solidargemeinschaft – auch für Familien – gegenüberstehen.

Zum Schluss seiner Rede bemühte Konrad Freiberg einen deutschen Aphoristiker, der Polizisten so kennzeichnete: „Polizisten sind Menschen, die Menschen vor Menschen schützen“. Danach

lasse sich die Arbeit der GdP so beschreiben: „Die Gewerkschaft der Polizei ist die Organisation, die diejenigen Menschen schützt, die Menschen vor Menschen schützen.“

Und dafür, so rief der die Delegierten auf, „wollen wir alle guten Mutes, mit ganzer Kraft arbeiten.“

GdP fordert einheitliches Polizeigesetz

Ein einheitliches Polizeigesetz für die Polizeien der Länder und des Bundes fordern die rund 250 Delegierten des in Berlin stattfindenden 23. Ordentlichen Bundeskongresses der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Konrad Freiberg, GdP-Bundesvorsitzender: „Insbesondere bei der Gefahrenabwehr treffen alle Polizeien hoheitliche Maßnahmen. Vor allem dann, wenn es um Eingriffe in die Grundrechte der Bürger geht, sollten diese Maßnahmen von ihren gesetzmäßigen Anforderungen gleich sein. Die für alle Polizei-beamtinnen und Polizeibeamte gleichermaßen geltenden Vorschriften der Verfassung schreiben vor, welche Anforderungen der jeweilige Grundrechtseingriff mit sich bringt. Es ist somit unverständlich, warum die deutsche Polizei einer Kleinstaaterei von 16 beziehungsweise 17 Vorschriften der Bürokratie und Verwaltung unterzogen werden, die im Ergebnis alle gleich sein müssen.“

Länderübergreifende Einsätze, so Freiberg, führten in vielen Fällen dazu, dass Kräfte anderer Länder mit dem Gesetz des Einsatz führenden Landes nicht vertraut seien und es aufgrund von Rechtsunsicherheiten zu Fehleinschätzungen oder sogar zu unrechtmäßigen Maßnahmen kommen könne.

Bundeskanzlerin führt Prominentenliste an

Mit ihrem Besuch beim GdP-Bundeskongress und einer ebenso kenntnisreichen wie einfühlsamen Rede vor den Delegierten zollte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel der Polizei und der Gewerkschaft der Polizei ihre Anerkennung. Sie führte die Liste der prominenten Gäste an, die den GdP-Kongress besuchten und zu den Delegierten sprachen.

Die Kanzlerin schätzte die Sicherheitslage realistisch ein. Sie betonte, dass Deutschland zu den sichersten Ländern der Welt gehöre, benannte aber auch die ne-

mittelte die Kanzlerin Sicherheit in einem Bereich, den die GdP vehement kompromisslos vertritt: die Trennung zwischen polizeilichen und Bundeswehraufgaben.



Gelöste Atmosphäre – eine gute Basis für konstruktive Dialoge. Im Vordergrund: Angela Merkel mit Konrad Freiberg, Kurt Beck und Bernhard Witthaut kurz vor den Grußworten.

Foto: Dicke

gativen Entwicklungen: die ansteigenden Zahlen linksextremistischer, und die starke Zunahme rechtsextremistischer Straftaten von 12.000 im Jahr 2004 auf 15.300 im letzten Jahr. Die Kanzlerin wies darauf hin, dass sich nicht die Polizei allein mit diesen Straftaten auseinandersetzen habe, sondern Innere Sicherheit eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft sei.

Klare Trennung von Polizei und Bundeswehr

Eingehend auf die veränderte sicherheitspolitische Diskussion seit dem 11. September 2001, ver-

Die Kanzlerin wörtlich: „Eine der Sorgen der Polizistinnen und Polizisten ist, dass die Bundeswehr jetzt klassische Polizeiaufgaben ausführt. Meine Damen und Herren, ich sage ganz eindeutig, das ist nicht geplant. Ich sage das jetzt einfach auch einmal als CDU-Vorsitzende: Das ist auch von der Christlich Demokratischen Union nicht geplant. Sie brauchen daran nicht zu zweifeln. Das ist so.“

In Hinblick auf die Terrorismusbekämpfung wies die Kanzlerin außerdem darauf hin, dass an einer neuen Kronzeugenregelung gearbeitet werde – auch damit wäre dann eine Forderung



Die Bundeskanzlerin während ihrer Grußrede – kenntnisreich und einfühlsam für die Probleme der Polizei und der GdP.

der GdP erfüllt, für die sie sich seit langem eingesetzt hat.

Mit der GdP jederzeit dialogbereit

Den Optimismus der Kanzlerin hinsichtlich der Auswirkungen der Föderalismusreform teilten die Kongressteilnehmerinnen und -teilnehmer allerdings nicht: Sie wisse zwar, so Merkel, dass über die Verlagerung des Laufbahnrechts, der Besoldung und Versorgung auf die Länder viele geredet werde, aber: „Warten wir doch einmal ab, was jetzt passiert. ... Es kann ja auch einmal was besser werden.“

Auf eine Abwarteposition wird sich die GdP allerdings nicht begeben. In ihren Anträgen forderten die Delegierten, dass eine bundeseinheitliche Besoldung und Versorgung für die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten aufrechterhalten bleibe.

Zum Abschluss ihrer Rede bekundete die Kanzlerin ihre Bereitschaft, weiterhin mit der GdP im Gespräch zu bleiben: „Wir werden jederzeit weiter dialogbereit mit Ihnen sein, das Gemeinsame auch gemeinsam vortragen, das uns Trennende zu überwinden versuchen.“

SPD-Vorsitzender würdigt „klare Interessenvertretung“

Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck würdigte zu Kongressbeginn vor rund 700 Teilnehmern die GdP als „... eine Vertretung der Interessen der Beschäftigten, der Beamtinnen und Beamten im



Kurt Beck, Vorsitzender der SPD

Polizeibereich des Bundes und der Länder, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig gelassen hat.“

Eingehend auf die zunehmenden Herausforderungen im Be-

reich der Inneren Sicherheit sprach er sich dafür aus, „sich flächendeckend um die Einführung der zweigeteilten Laufbahn zu bemühen.“

Polizei nicht allein lassen

Er sehe die Notwendigkeit, so Beck weiter, dass Polizistinnen und Polizisten mit ihren belastenden Berufssituationen nicht allein gelassen werden dürfen und dass die Ausstattung der Polizei den Herausforderungen entsprechen müsse. Das gelte sowohl für die Bewaffnung als auch für den passiven Schutz.

In der Diskussion um die Übernahme polizeilicher Aufgaben durch die Bundeswehr bleibe es für die Sozialdemokraten, so Beck, bei einer klaren Trennung.

Hinsichtlich des Rechtsradikalismus, würdigte der SPD-Vorsitzende mit deutlichen

wollen mit Ihnen gemeinsam über die Herausforderungen der Inneren Sicherheit im Gespräch bleiben!“

Kleinstaaterei keine Antwort auf Probleme der Globalisierung

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer, versicherte den Delegierten, das was die Polizei leiste, „teilweise für nicht angemessenes Geld, achten wir sehr hoch.“



Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Worten das konsequente Handeln der Polizei, mahnte aber auch bürgerschaftliches Engagement und Zivilcourage an. Forschen und hinschauen müsse man, wo Gründe dafür lägen, dass manche junge

Auch er beklagte die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich in einem der reichsten Länder der Erde. Er kritisierte die geplante Senkung der Unternehmenssteuern, die Erhöhung der Mehrwertsteuer und forderte, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die es den Menschen ermöglichen, tatsächlich das Rentenalter zu erreichen.

Hinsichtlich der Föderalismusreform fasste er zusammen: „Wir antworten auf die Probleme der Globalisierung mit Kleinstaaterei.“

Und er appellierte an die Gewerkschafter, so koordiniert wie möglich Besoldung, Versorgung, Laufbahnrecht und auch die Mitbestimmung zu organisieren.

Digitalen Polizeifunk bald starten

Der Berliner Innensenator Dr. Erhart Körting (SPD) hofft, dass der Aufbau des digitalen Polizeifunks noch Ende dieses Jahres gestartet werde. „Mir geht das viel zu langsam“, betonte er. Zur Zusammenarbeit von Bundeswehr und Polizei erklärte er, die Fußball-Weltmeisterschaft habe gezeigt, dass es bereits ein gutes Instrumentarium für die Amtshilfe der Bundeswehr etwa mit Sanitätern gebe. Für darüber Hinausgehendes sehe er keine Notwendigkeit.



Dr. Erhart Körting (SPD), Berliner Innensenator

Zweigeteilte Laufbahn muss bleiben

Der Generalsekretär der SPD, Hubertus Heil, wandte sich gegen Überlegungen, die zweigeteilte Laufbahn zurückzunehmen. Das halte er für den falschen Weg.



Jan Schonkeren, Vizepräsident von EUROCOP

Gegen die Kriminalität im Lande müsse man mit einer gut ausgebildeten und ausgestatteten Polizei kämpfen, aber auch über die Ursachen würde er gern mit der GdP reden, meinte Heil.

Denn die Polizei bade aus, was sich an Verwerfungen in unserer Gesellschaft vollzieht.

Dank für unermüdlischen Einsatz

Ronald Pofalla, CDU-Generalsekretär, äußerte Dank und

Respekt für den unermüdlischen Einsatz der Polizei, denn er sei es, der den Bürgern das Gefühl der Sicherheit vermittelt. Deutlich grenzte er sich vom Rechts- und Linksextremismus ab: „Mit solchen politischen Scharlatanen wollen wir nichts zu tun haben.“

Auch er bot sich der GdP als Gesprächspartner an, weil ihm deren Meinung wichtig sei. Und er versicherte, alles zu tun, um die Polizei in ihrem Auftrag zu unterstützen.

Polizei in Europa muss zusammenhalten

Mit einer bewegenden Solidaritätsadresse wandte sich Jan Schonkeren, Vizepräsident von EUROCOP,

der europäischen Dachorganisation der Polizeigewerkschaften an die Delegierten. Er würdigte den Beitrag der GdP beim Aufbau und dem Zusammenhalt der Vertretung der Polizisten in einem zusammenwachsenden Europa.

„Gewalt gegen Polizei“ in Kriminalstatistik aufnehmen

Für eine verbesserte Aufarbeitung von Gewalttaten gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten setzen sich die die rund 250 Delegierten des 23. Ordentlichen Bundeskongresses der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ein. Mit großer Mehrheit forderten sie, die jährliche Polizeiliche Kriminalstatistik um das Thema „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte während der Dienstausbildung“ zu erweitern.

Konrad Freiberg, GdP-Bundesvorsitzender: „Wir beobachten seit Jahren, dass die Gewalt gegenüber

polizeilichen Vollzugskräften zunimmt. Leider wird eine generelle Sammlung dieser Gewalttaten nicht vorgenommen. Die bloße Zahl der Widerstandshandlungen erlaubt lediglich Mutmaßungen über die Entwicklung der gewalttätigen Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten.“ Ziel der GdP-Initiative sei es, so der GdP-Vorsitzende, die Beamtinnen und Beamten bei der Eigensicherung besser fortbilden zu können. Die ausführliche Analyse und Bewertung der Sachverhalte solle auch zu Verbesserungen der polizeilichen Ausrüstung führen.

Rückfall in Kleinstaaterei bei Besoldung und Versorgung verhindern

Einen Rückfall in die Kleinstaaterei bei der Besoldung und Versorgung von Beamtinnen und Beamten infolge der Föderalismusreform befürchten die Delegierten des Bundeskongresses. Sie forderten mit großer Mehrheit, dass eine bundeseinheitliche Besoldung und Versorgung für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte aufrechterhalten werde.

Konrad Freiberg, GdP-Bundesvorsitzender: „Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung hat die Weichen für eine Kompetenzübertragung im Bereich der Beamtenbesoldung vom Bund auf die Länder gestellt, die Föderalismusreform hat mittlerweile Bundestag und Bundesrat passiert. Das Auferstehen der Kleinstaaterei kann bei den Beschäftigten im Polizeivollzugsdienst nur zu einer nachteiligen Entwicklung der Besoldung führen. Gerade ärmere

Bundesländer werden zur Senkung ihres Haushaltsdefizits versuchen, die Besoldung der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten nach unten zu treiben. Eine Wettbewerbs-Spirale auf den Schultern der Beamtinnen und Beamten kommt in Gang. Ergebnis würden nicht nur finanzielle Einbußen sein, sondern auch eine schlechtere Polizei. Dazu darf es nicht kommen.“

Darüber hinaus, so Freiberg, sei die von der Bundesregierung mit dieser Kompetenzübertragung angestrebte Konsolidierung der Länderkassen ebenfalls in Frage zu stellen. Die Besoldungs-Kleinstaaterei würde einen unverhältnismäßigen und ineffizienten Bürokratieaufbau in den Ländern nach sich ziehen. Zudem seien künftig nicht nur eine, sondern 17 Besoldungsrunden notwendig.

Kongress befürwortet erneuten Anlauf zum Verbot der NPD

Als eine ständige Aufgabe aller Demokraten haben die Delegierten des GdP-Bundeskongresses die Bekämpfung des Rechtsextremismus bezeichnet. In der von ihnen verabschiedeten Resolution heißt es: „Wellenartig wird die Bundesrepublik Deutschland von Rechtsextremismus-Diskussionen erfasst. Der Empörung nahezu aller gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien auf dem Höhepunkt der Diskussion folgt die Untätigkeit im Alltag, wenn sich die Aufregung wieder gelegt hat. Kontinuierlich arbeiten im Wesentlichen die Sicherheitsbehörden, Polizei und Verfassungsschutz gegen rechte Gewalt und Neonazismus. Letztlich ist es nur die Polizei, die sich mit den Rechtsextremisten immer wieder herumschlagen muss.“

Eine neue Qualität habe das Auftreten der NPD in den Wahlkämpfen im Spätsommer dieses Jahres dadurch erfahren, dass die NPD ganz gezielt dazu übergegangen sei, Wahlkampfveranstaltungen der aus ihrer Sicht „linken“ Parteien massiv zu stören. Nur durch das Eingreifen der Polizei war es in diesen Fällen möglich, den ordnungsgemäßen Ablauf der jeweiligen Wahlkampfveranstaltung zu garantieren.

Weiter heißt es in der Entschlie-ßung: „Wenn dann auch noch Politiker bemängeln, die Polizei ginge nicht eindeutig und entschlossen genug gegen rechtsradikale Umtriebe in Deutschland vor, so ist dies empörend. Wir können ihnen nur empfehlen, sich bei einem Demonstrationseinsatz im Zusammenhang mit der NPD an einem Wochenende zu den Kolleginnen und Kollegen zu gesellen und diese einmal bei ihren Einsätzen zu begleiten. Danach werden sie wahrscheinlich selbst wissen, was von solchen unbedachten Aussagen zu halten ist.“

Die bisherige Wirkung der vielfältigen Initiativen der Bundesregierung und der IMK bestätigte die

Die jüngsten Erfolge der NPD bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern haben die Diskussion um den zunehmenden Rechtsextremismus und um ein erneutes Verbotverfahren gegen die NPD wieder entfacht. Zum Rechtsextremismus verabschiedete der Kongress eine Entschlie-ßung.

von der Gewerkschaft der Polizei geäußerte Befürchtung, dass die Mittel, die in die verstärkte Informations- und Bildungsarbeit gesteckt wurden, nur ein Tropfen auf den heißen Stein waren. Es sei eine kontinuierliche Ausweitung von Bildungsprogrammen, die nicht in Abhängigkeit von tagespolitischen Aufmerksamkeiten aufgelegt bzw. eingestellt werden, herbeizuführen. Auch müsse verhindert werden, dass ganze Regionen von den demokratischen gesellschaftspolitischen Kräften preisgegeben würden. Dazu seien Sonntagsreden allein jedoch nicht ausreichend. Vor Ort seien Freizeit- und Bildungsangebote zu schaffen, die vor allem junge Menschen dem Einfluss der braunen Rattenfänger entziehen.

In der Bewertung der NPD heute, so die Entschlie-ßung, komme der strategischen Neuausrichtung der Rechtsextremisten eine besondere Bedeutung zu. Insbesondere die sog. „Wahlbündnisse“ zwischen NPD und DVU, (d.h.: Absprachen, sich bei Wahlen nicht gegenseitig Stimmen zu entziehen) erwiesen sich als gefährlich. Gleichzeitig sei es der NPD gelungen, ein Sammelbecken rechtsextremistischer Gewalttäter zu werden und dennoch nach außen hin ein bürgerliches Auftreten vorzutäuschen. Wörtlich heißt es: „Die NPD wird, solange sie nicht verboten ist, durch das

Parteienprivileg geschützt. Ihre verfassungsfeindliche Arbeit wird durch die Parteienfinanzierung gefördert. In der Praxis ergeben sich Probleme daraus, dass die NPD im Spektrum der demokratischen Parteien tätig ist. Da öf-

In Anerkennung der Schwierigkeiten für ein erneutes Verbotverfahren nach dem ersten fehlgeschlagenen Versuch müsse abgewogen werden, in welchem Verhältnis die entstehenden Sicherheitsverluste durch Abschaltung der Szeneinformanten im Zuge eines Verbotverfahrens mit den Sicherheits- und Vertrauensverlusten in die Rechtsstaatlichkeit stünden, die bei einem weiteren legalen Agieren der NPD in der Zukunft zu erwarten seien.

Die Delegierten kommen zu dem Schluss, dass ein Verbot der NPD als Signal jedoch unverzichtbar sei. „Es muss klar gemacht werden, dass es sich bei der NPD nicht um eine demokratische Partei handelt. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung nicht über die Ver-



Die Delegierten stimmten über rund 250 Anträge ab.

fentliche Versammlungen der NPD regelmäßig Gegendemonstrationen hervorrufen, nimmt sie ständig den Schutz der Polizei in Anspruch. Die NPD geht sogar soweit, diese dienstlichen Einsätze der Polizei zu instrumentalisieren. Nahezu jedes Wochenende werden Demonstrationen oder öffentliche Auftritte angemeldet. Die Polizei muss regelmäßig quer durch das Land reisen, um hohe Einsatzanforderungen zum Schutz dieser Veranstaltungen zu leisten. Für die Polizistinnen und Polizisten bedeutet dieses Einsatzgeschehen nicht nur eine dienstliche Leistung, sondern auch einen emotionalen Spagat. Sie haben ihren Dienst auf die Verfassung abgelegt, werden im Dienst aber oft mit der Formel ‚Deutsche Polizisten schützen die Faschisten‘ diskreditiert.“

fassungsgemäßheit der NPD entschieden. An der Verfassungsfeindlichkeit der Partei dürfte inzwischen wohl kaum jemand zweifeln.“

In Abwägung der Vor- und Nachteile spricht sich die Gewerkschaft der Polizei daher für ein Verbot der NPD aus. Auch eine Änderung des Versammlungsrechts unumgänglich, damit sich „...die unerträgliche Verhöhnung von Opfern des Nazi-Regimes an nationalen Symbolen und Gedenkstätten nicht wiederholen, spricht sich die Gewerkschaft der Polizei für die Schaffung befriedeter Gebiete an geschichtsträchtigen Orten aber auch an Gräber- und Gedenkstätten aus.“

Der vollständige Text der Resolution ist auf der Kongresssonderseite der GdP-Homepage www.gdp.de zu finden.



Die GdP-Kongress-Pressekonferenz besuchten 26 Medienvertreter darunter vier TV-Teams. Von links: GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg, GdP-Pressesprecher Rüdiger Holecek. Fotos (2): Bialecki

GdP-Kongress im Rampenlicht

Der 23. Ordentliche Bundeskongress in Berlin stand auch im Blickpunkt der öffentlichen Medien. Allein in der Zeit zwischen dem 12. und 17. November wurde über die GdP in Rundfunk und Fernsehen rund 500 Mal berichtet. In nahezu allen Tageszeitungen war die GdP vertreten. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg gab zahlreiche Interviews und musste mehrfach für Studioaufnahmen den Kongress verlassen. Dutzende von Presseanfragen erreichten an jedem Kongresstag die Pressestelle.

An der Eröffnungsveranstaltung nahmen 64 Medienvertreter, darunter Teams aller namhaften

Sender, teil. Der Sender PHOENIX übertrug die Eröffnungsveranstaltung live. An der Kongress-Pressekonferenz nach den Wahlen zum Geschäftsführenden Bundesvorstand nahmen 26 Journalistinnen und Journalisten, darunter vier TV-Teams, teil.

Während der Kongresstage versandte die Pressestelle rund 30 Presseerklärungen.

Ständig aktualisiert wurde auch die Kongress-Sonderseite der GdP-Homepage www.gdp.de. Dort befinden sich zur Zeit 78 Dokumente mit direktem Kongressbezug, zusätzlich eine Galerie mit 42 Bildern vom Kongress.



Mehrfach musste der GdP-Vorsitzende den Kongress für Interviews vor der Kamera verlassen.

Polizeieinsatz zur WM und GdP-Betreuung weltmeisterlich



Intensive Diskussionen begleiteten die Abstimmung über die Anträge.

In seinen Ergänzungen zum Geschäftsbericht machte Konrad Freiberg grundsätzliche Anmerkungen zur gesellschafts- bzw. gewerkschaftspolitischen Entwicklung im Berichtszeitraum. Ohne Frage stand ganz oben auf der Erfolgs- und Dankesliste die Fußball-WM in diesem Jahr. Dem weltweiten Lob für die polizeilichen Meisterleistungen setzte er auch ein großes Lob für die GdP-Betreuer hinzu, die rund um die Uhr für die einge-

setzten Kolleginnen und Kollegen da waren. Weit weniger erfreulich war dann der Blick in die Welt, die auch der Polizei ihren Tribut abverlangt. Aufgrund ihres guten Rufes wird die Deut-

Dicht umlagert und nur in der Pause zu fotografieren war der Stand vom VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR der u. a. für seine außerordentlich gute Fachliteratur in Polizeikreisen hoch geschätzt wird.

zwischen Arm und Reich werde

sche Polizei gern für internationale Einsätze verwendet. Hier gelte es, alles für den Schutz dieser Kolleginnen und Kollegen zu tun und es müsse deutlich gemacht werden, dass die personellen Kapazitäten der deutschen Polizei äußerst begrenzt bzw. schon überzogen seien.

Leidenschaftlich prangerte er die gesellschaftlichen Entwicklungen als Zeichen einer verfehlten Politik an, die mit einer zunehmenden Spaltung unserer Gesellschaft einhergeht. Die Kluft

All das habe weit reichende Konsequenzen. Eine davon: der aufkeimende Rechtsextremismus. Unter großem Applaus stellte Konrad Freiberg fest: „Letztlich sind wir die Einzigen, die immer wieder den Kopf halten müssen. Die Polizei darf jedoch bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus, aber auch andere aktuelle Kriminalitätseentwicklungen, nicht von Politik, Medien und Bevölkerung als Notbremse und alleiniger Reparaturbetrieb benutzt werden.“ (Siehe auch Resolution zum Rechtsextremismus an anderer Stelle dieser Ausgabe.)

Eingehend auf die Innere Sicherheit und die Situation der

Unermüdlicher Einsatz der Kolleginnen am OSG-Stand, die die GdP-Werbemittel an Frau und Mann brachten.



immer größer, vielen Menschen fehle durch die hohe Arbeitslosigkeit eine Lebensperspektive; Existenzängste, das Gefühl, nicht gebraucht zu werden, greifen um sich und viele haben längst resigniert.

Polizei prangerte Konrad Freiberg die zunehmenden Belastungen für die Beschäftigten der Polizei in den letzten Jahren an und verwies auf die deutlich zunehmende Gewalt, mit der die Kolleginnen und Kollegen konfrontiert werden. Allein die Zahl der Widerstände gegen die Staatsgewalt ist in den letzten 10



Jahren um ca. 50 % auf ca. 25.600 Fälle im Jahre 2005 gestiegen.

Dabei lassen Ausrüstung (Stichwort Digitalfunk) und Bürokratieabbau oft zu Wünschen übrig. Die Föderalisierung bezeichnete der GdP-Vorsitzende als „eine Entsolidarisierung des Staates. Das grundgesetzlich geschützte Ziel, die Lebensverhältnisse in Deutschland anzugleichen, gerate zunehmend aus dem Blick.

An die Politiker gewandt, warnte Konrad Freiberg, dass sie aufpassen müssten, nicht weiter an Glaubwürdigkeit zu verlieren: „Eklatanter Wortbruch ist in der Politik nicht selten“. Darunter leide die Demokratie, immer mehr Menschen würden sich abwenden. Das zeige die Situation in den Parteien,

Satzungsexperten unter den wachsamen Blicken des Kontrollausschusses.



die permanent an Mitgliedern verlieren, aber auch die geringe Beteiligung bei den letzten Wahlen.

Auch die Gewerkschaften verloren in den letzten Jahren z. T. dramatisch Mitglieder. Die Gründe reichten von den zunehmenden Verlusten von Arbeitsplätzen über „mangelnde Erfol-

ge“ und abnehmende Attraktivität der Gewerkschaften bis hin zur Ablehnungen von Großorganisationen und ihren Arbeitsweisen.

Auch für die GdP und alle anderen Gewerkschaften wurde die Arbeit nicht leichter. Ging es bis Mitte der 90er Jahre immer um ein „Mehr“, um soziale Verbesserungen, kämpfte man in

den letzten 10 Jahren darum, soziale Verschlechterungen zu verhindern. Das als gewerkschaftliche Erfolge zu vermitteln, sei

schwer, so Freiberg. Er erinnerte an den Kräfte zehrenden Arbeitskampf während der Tarifauseinandersetzungen, der jedoch zu einer beeindruckenden Solidarisierung geführt habe.



Die ehrenamtlichen Helfer, Kolleginnen und Kollegen aus Berlin, hatten während des Kongresses alle Hände voll zu tun. Dafür spendeten die Delegierten Standig Ovationen.

Auf die Mitgliederverluste hat die GdP u. a. reagiert, indem Sekretärsstellen in der Bundesgeschäftsstelle bei Ausscheiden nicht wieder besetzt wurden und sämtliche Ausgaben intensiv nach Sinn und Notwendigkeit geprüft wurden. Konrad Freiberg: „Dieser schwierige Sparprozess hat auch das Ziel, eine unabhängige Gewerkschaft der Polizei zu bleiben, die immer auch finanziell in der Lage bleibt, notwendige gewerkschaftliche Aktionen ... zu finanzieren.“

Er sehe jedoch angesichts der großen Herausforderungen keinen Grund für Resignation. Zwar registriere auch er, dass es unterschiedliche Vorstellungen, Handlungsweisen zwischen den Gewerkschaften und auch in der GdP gebe, doch wenn „... wir die Zukunft auch nur ansatzweise nach unseren Vorstellungen gestalten wollen, dann geht das nur gemeinsam. Dann geht das nur solidarisch mit einem großen Maß an Geschlossenheit.“

Bei aller Nettigkeit – wo bleibt die Kollegialität?

Für DEUTSCHE POLIZEI schreibt Barbara Mühlhoyer über ihre persönlichen Eindrücke von ihrem ersten GdP-Kongress:

Hätte man mir vor zwei Jahren gesagt, dass ich noch vor Ende meiner Ausbildung an einem GdP-Bundeskongress teilnehmen könnte, ich hätte es nicht geglaubt. Dass der Bezirksverband bzw. die Kreisgruppe Köln sich dazu entschieden hat, trotz der knappen Anzahl an Delegierten mich mitzunehmen, die keine erfahrene Funktionärin ist sondern noch bei der GdP lernt, fand ich als Idee sehr gut. So führt man junge Leute besser in die GdP und ihre Arbeit ein. Allerdings habe ich ausreichend junge Leute aus anderen Bundesländern vermisst.

Waldemar Lorenz aus Niedersachsen war der älteste, die 21-jährige **Barbara Mühlhoyer** aus Nordrhein-Westfalen die jüngste Mandatsdelegierte auf dem 23. Ordentlichen Bundeskongress in Berlin. Die an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Köln studierende Kommissaranwärterin begann 2004 nach ihrem Abitur ihre Ausbildung bei der Polizei NRW und trat bereits kurz nach ihrer Einstellung der GdP bei. Sie ist gewähltes Mitglied der örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) und engagiert sich in der JUNGE GRUPPE Köln.

Viele neue Gesichter sind mir begegnet, die mir gegenüber sehr aufgeschlossen waren. Ich wurde als junges Mitglied wahrgenommen und angesprochen und dabei sehr nett aufgenommen.

Aber bei aller Nettigkeit: Wo bleibt die Kollegialität, die Ehrlichkeit, die Transparenz? Damit beziehe ich mich vor allem auf die

Wahlen. Da werden Menschen zur Wahl vorgeschlagen und aufgestellt und anscheinend mit purer Absicht nicht gewählt. So stellte es sich für mich als Unwissende dar. Der Grund erschloss sich

hätte meines Erachtens nicht sein müssen.

Worüber ich auch viel nachgedacht habe war, ob man wirklich diese Massen von Anträgen behandeln muss. Sicher, viele Anträge



Barbara Mühlhoyer aus Nordrhein-Westfalen

für mich nicht. Ich hörte, dass sich der Bundesvorstand mit einem abgestimmten Personalkonzept nach Berlin begeben hatte. Warum wurden dann Unstimmigkeiten nicht im Vorhinein geklärt? Warum redet man im Vorfeld nicht Klartext? Und warum muss man einen Kollegen so demontieren, wie ich es empfand?

Ich möchte hier ein Stichwort aufgreifen, welches vielfach erwähnt wurde: Ehrlichkeit. Auf einen Appell an die Ehrlichkeit wurde mit Beifall reagiert. Und so laut der Applaus war, so leise war die Reaktion. Als junges GdP-Mitglied wünsche ich mir gerade von erfahrenen Gewerkschaftern, dass offen und ehrlich diskutiert wird. Dass gerade der Tag mit den Wahlen 16 Stunden lang wurde,

gebehandelten die Zukunft der Gewerkschaft und ihrer Mitglieder. Da ist es dann auch sinnvoll, etwas längere Diskussionen zu führen. Viele Anträge bauten aber aufeinander auf oder behandelten ähnliche Themen. Da könnte man auf den einen oder anderen Antrag verzichten oder sie im Vorfeld thematisch zusammenfassen. Vielleicht täte man gut daran, sich auf einige wichtige gewerkschaftliche Themen zu konzentrieren und die auch ausführlich zu diskutieren, als sich bei kleinsten Details zu lange aufzuhalten.

Zu den Reden der Bundeskanzlerin, des SPD-Vorsitzenden sowie der Generalsekretäre von CDU und SPD hat sich mir auch ein Eindruck vermittelt.

Ich fand es wirklich gut, dass sie sich für unseren GdP-Kongress

Zeit genommen haben. Aber mal ehrlich, wenn sie uns und unsere Arbeit so toll finden, wie sie alle gesagt haben, warum werden dann unsere Forderungen übergangen und die Kollegen immer weniger gefördert? Auch von Politikern erwarte ich, dass sie ehrlich sind und Klartext reden. Damit kommen sicherlich alle besser zurecht. Wenn man nichts verspricht, was man nicht halten kann, sondern die Probleme klar

aufzählt und sich gezielt einsetzt, würde man doch sofort glaubwürdiger.

Insgesamt habe ich diesen, meinen ersten, Bundeskongress mit sehr unterschiedlichen Gefühlen erlebt. Das „Wir-Gefühl“, das vor allem unserer Bundesvorsitzender in seinen Reden vermittelte, wurde nach meinem Empfinden immer wieder durch Unstimmigkeiten gestört. Grund scheint mangelnde Kommunikation zu sein. Darum bin ich auch

guter Hoffnung, dass sich der nächste Bundeskongress in Teilen fairer gestaltet, denn Kommunikation kann man doch lernen, wie wir es in der Ausbildung zurzeit auch lernen. Ich hoffe jedenfalls, ich werde wieder dabei sein. Denn ich habe nicht nur Kritik zu üben. Ich habe auf dem Kongress viele neue Kollegen kennen gelernt, einiges über die Arbeit in der GdP erfahren und etliches über den Umgang mit Kollegen, mit Menschen gelernt. Und ich möchte in vier Jahren noch mehr dazulernen. Vielleicht habe ich dann auch genügend Erfahrung, um mich selbst bei Debatten zu Wort zu melden.

Fotos zum Kongress:
Michael Seidenschwanz

Unter 500 Delegierten kam Poli-Bär zur Welt

Mit Ausnahme kleinerer und größerer Nerven- und Kreislaufkrisen, gelegentlichem Magenknurren und morgendlichen Sehstörungen überlebten die rund 500 Mandats- und Gastdelegierten den 23. Ordentlichen Bundeskongress der GdP nahezu unfallfrei. Im Gegenteil konnten viele private freudige Ereignisse gefeiert werden: zahlreiche Geburtstage und sogar eine Silberhochzeit. Höhepunkt war allerdings eine Geburt: Unter großer Anteilnahme seiner neuen Pflegefamilie, die auch prompt die Taufe vornahm, erblickte das neue Maskottchen der GdP, der „Poli-Bär“, das Licht der Welt.

Er hat viele Brüder und Schwestern, die mittlerweile aus dem Stadtbild Berlins nicht mehr wegzudenken sind und allesamt inzwischen sogar einen ihrer größten Kritiker, den ehemaligen Berliner Kultursenator Flierl (PDS), politisch überlebt haben. Sie stammen aus der Gattung des Buddy-Bären.

Die einen finden sie hässlich (wie der Ex-Kulturse-nator)– bei anderen weckt sie wahre Sammelleidenschaft.

Eva und Klaus Herlitz hatten im Jahr 2002 die Idee, mit dieser Figur von Berlin aus ein Signal für die Völkerverständigung zu senden.

Inzwischen haben mehr als 140 Künstler, jeder aus einem anderen Land, einen Buddy-Bären

gestaltet, der ihr Heimatland repräsentiert. Der Kreis der „United Buddy Bears“ entstand.

Als Grundlage für mehr Verständnis werden durch die individuelle Gestaltung jedes Bären viele Informationen über die einzelnen Länder vermittelt.

In jeder Stadt, in der der Kreis der „United Buddy Bears“ gezeigt wird, wird über Aktionen (z. B. Versteigerungen) Geld für hilfsbedürftige Kinder gesammelt. Über 1.197.000 Euro kamen bis jetzt für Kinderhilfsorganisationen zusammen.

Spektakuläre Ausstellungen, wie zum Beispiel in Japan mit 3 Millionen Besuchern, haben die-



sen Bären, den jeder Berliner Besucher kennt, global bekannt gemacht. Viele Verbände, Organisationen und große Unternehmen haben bereits ihren Bären.

Auch die Gewerkschaft der Polizei hat einen Buddy-Bären adoptiert und von der Berliner Künstlerin Anette Schulz gestalten lassen. „Poli-Bär“ wird sicher in vielen Büros und Wohnzimmern ein neues Zuhause finden.

Zum Festakt am Abend des ersten Kongresstages wurde das künftige Maskottchen der GdP vorgestellt: ein Buddy-Bear – verziert mit polizeirelevanten Merkmalen.



Das neue Tarifrecht der Länder

Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) löst am 1. November 2006 den Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) und weitere Tarifverträge ab. Damit erfährt das Tarifrecht der Länder die größte Veränderung seit dem In-Kraft-Treten des BAT am 1. April 1961.

Das neue TV-L Jahrbuch Länder 2007 aus dem Walhalla Fachverlag erleichtert die sichere Rechtsanwendung besonders in der Übergangsphase. Kompetent und verständlich kommentiert Jörg Effertz schon jetzt den TV-L und erläutert die teilweise recht komplizierten Vorschriften des Übergangsrechts (TVÜ-Länder). Enthalten sind folgende Tarifvorschriften:

- TV-L bereits jetzt fachlich kommentiert; die maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen, z. B. Arbeitszeit- sowie das Teilzeit- und Befristungsgesetz, sind mit abgedruckt,
- Überleitungsvertrag TVO mit ausführlichen Erläuterungen,
- Tarifvertrag über Einmalzahlungen in den Jahren 2006 und 2007,
- Die Vergütungsordnung für die Angestellten der Länder: Die Eingruppierungsvorschriften des BAT gelten zunächst fort und sind wichtige Grundlage für die Überleitung der Beschäftigten in die Entgeltgruppen des TV-L und die Eingruppierungsvorgänge nach dem 1. November 2006,
- BAT,
- Die von der Tarifreform unberührt bleibenden Tarifverträge über Altersteilzeitarbeit, Altersversorgung und Rationalisierungsschutz.

Mit dem TV-L Jahrbuch Länder 2007 setzt Jörg Effertz die bewährte Reihe der Jahrbücher für das

Tarifrecht des öffentlichen Dienstes fort. Es ermöglicht Beschäftigten der Länder, Personalsachbearbeitern sowie Mitarbeitern der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände alle Fragen zum neuen Tarifrecht schnell zu klären



und erleichtert so die Bearbeitung selbst schwieriger Sachverhalte. Bei der täglichen Arbeit eine unerlässliche Hilfe!

TV-L Jahrbuch Länder 2007, Kommentierte Textsammlung, Jörg Effertz, Walhalla Fachverlag, 750 Seiten, kartoniert, 21,90 Euro, ISBN 978-3-8029-7989-7



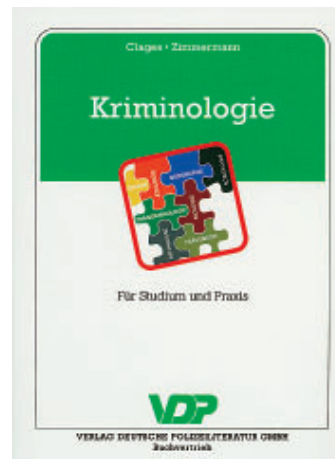
Kriminologie – Für Studium und Praxis

Die Autoren dieser Neuerscheinung verfügen über langjährige Lehr- und Prüfungserfahrungen in den Kriminalwissenschaften und über berufliches Erfahrungswissen aus verschiedenen Aufgaben- und Verantwortungsbereichen. Dieses Fachwissen haben sie in das vorliegende Buch eingebracht, das eine Darstellung des kriminologischen Grundwissens für die Ausbildung der Polizei enthält. Die Auswahl der Themen orientiert sich an den Studieninhalten des Faches und den Erfordernissen der polizeilichen Praxis. Im Mittelpunkt der Ausführungen steht eine

für die polizeiliche Aufgabenbewältigung anwendungsbezogene Kriminologie, die auf die Darstellung kontroverser Theorieansätze möglichst verzichtet, diese jedoch dort, wo sie bedeutungsvoll sind, angemessen diskutiert.

Die bearbeiteten Einzelthemen sind inhaltlich so angeordnet, dass der Leser zunächst in die Kriminologie als eine interdisziplinäre Wissenschaft und deren Entwicklung aus historischer Sicht eingeführt wird. Der derzeitige Diskussionsstand zu den als gesichert geltenden Erkenntnissen, der Bedeutung und der Anwendbarkeit von Kriminalitätstheorien leitet über zu kriminologischen Themenfeldern, die von besonderer polizeilicher Relevanz sind. In einem zweiten Teil werden ausgewählte Deliktsanalysen vorgestellt.

Anhand kurz gefasster Fallstudien mit gezielten Aufgabenstellungen sollen der Transfer von theoretischem Wissen auf die Praxis erreicht und das Verständnis für kriminologische Aussagen erleichtert werden.



tert werden. Darüber hinaus geben die Autoren auch Anregungen für die Bearbeitung von Prüfungsklausuren im Fach Kriminologie und Prüfern Hinweise und Unterstützung für ihre Prüfertätigkeit.

Ausgesuchte Einzelfragen zu den jeweiligen Themenbereichen ermöglichen den Lesern die Selbstkontrolle des Lernerfolgs und unterstützen die Vorbereitung auf Fachgespräche und mündliche Prüfungen. Empfehlungen zu weiterführender Literatur am Ende

eines jeden Kapitels sind Hilfen für die gezielte fachliche Vertiefung. **Kriminologie – Für Studium und Praxis, Horst Clages, Elmar Zimmermann, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, 1. Auflage 2006, 336 Seiten, DIN A 5, Broschur, 16,90 Euro, ISBN 3-8011-0534-2**



Lehr- und Studienbriefe

Mit dem Lehr- und Studienbrief Kriminalistik/Kriminologie Nr. 4 „Identifizierung von Personen“ setzt der Verlag Deutsche Polizeiliteratur seine neue Buchreihe fort, in der polizeiliche Praktiker ebenso wie Studierende der Fachhochschulen praxisnah, fundiert und übersichtlich einen schnellen und sicheren Einstieg in vielfältige Aspekte kriminalistischer Tätigkeit finden. Ein Ziel polizeilicher Ermittlungstätigkeit ist die Identifizierung von Personen; unter diesem Begriff versteht man die individuelle, eindeutige Wiedererkennung des Straftäters, des Vermissten, der unbekanntem hilflosen Person oder im schlimmsten Falle des unbekanntem Toten.

Dieses Buch befasst sich mit den Möglichkeiten und Grenzen der Identifizierung eines Menschen. Die Verfahren und Untersuchungen werden mit Hilfe ausgewählter Beispiele aus der polizeilichen Praxis erläutert. Hinweise für die Erstellung eines Untersuchungsantrages und Angaben zu den Untersuchungsstellen ergänzen die Ausführungen.

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie, Nr. 4: Identifizierung von Personen, Wolfgang Thiel, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, 1. Auflage 2006, Broschur, 144 Seiten, 12,90 Euro, 23,20 sFr. im Abonnement und 14,90 Euro, 26,70 sFr. im Einzelbezug, ISBN 3-8011-0536-9

Parken auf Privatparkplatz

Mit zunehmender Verkehrsdichte wird der zur Verfügung stehende Parkraum immer knapper. Deshalb kommt es speziell in den Ballungsräumen oft vor, dass Kraftfahrzeuge verbotswidrig auf nicht öffentlichen privaten Stellflächen, ohne Einwilligung des Berechtigten, geparkt werden. Selbst dann, wenn private Stellplätze auf öffentlichem Verkehrsgrund angelegt sind und deshalb für jedermann zugänglich sind, wird gewöhnlich durch ein Hinweisschild mit der Aufschrift: „Privatparkplatz Abgestellte Fahrzeuge werden kostenpflichtig entfernt“ unmissverständlich kundgetan, dass dort fremde Kraftfahrzeuge nicht geduldet werden. Durch diese Maßnahme wird die Stellfläche dem öffentlichen Verkehr entzogen. Dies hindert aber einige Kraftfahrer nicht daran, ihr Fahrzeug zur Durchsetzung persönlicher Interessen widerrechtlich auf privaten Stellplätzen zu parken.

Beim Parken auf Privatparkplätzen kann nicht gegen die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung verstoßen werden, da es sich um keinen öffentlichen Verkehrsraum handelt, selbst dann nicht, wenn dort Haltverbotszeichen aufgestellt sind.

Das verbotswidrige Parken stellt auch, aufgrund des fehlen-

den Nötigungswillens, keine Nötigung nach § 240 StGB dar. Das Handeln des „Falschparkers“ ist letztendlich nicht darauf gerichtet, den Verfügungsberechtigten zu einem Tun, Dulden oder Unterlassen zu veranlassen. Dem Kraftfahrer geht es hauptsächlich darum, vorübergehend eine geeignete Parkmöglichkeit zu nutzen.

Oft wird die Polizei hinzugezogen, um das rechtswidrig abgestellte Fahrzeug entfernen zu lassen. Allerdings ist ein Abschleppen durch die Polizei, alleine zum Schutz privater Rechte, in diesen Fällen unzulässig. Die Polizei hat hier grundsätzlich keine rechtliche Handhabe, das Fahrzeug zwangsweise entfernen zu lassen, weil keine Ordnungswidrigkeit und somit keine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorliegt.

Rechtlich betrachtet handelt es sich bei dem widerrechtlichen Abstellen um verbotene Eigenmacht in Form der Besitzstörung nach § 858 Abs. 1 BGB. Gegen diese Besitzstörung hat der Berechtigte ein Selbsthilferecht nach § 859 Abs. 3 BGB. Dies bedeutet, dass der Berechtigte die Möglichkeit hat, das geparkte Fahrzeug durch einen Abschleppunternehmer sofort abschleppen

zu lassen, wenn mildere Mittel, z.B. Wegschieben, nicht ausreichen. Eine konkrete Behinderung wird hier nicht vorausgesetzt.

Die Rechtsprechung versteht unter dem Begriff „sofort“ verschiedene Zeiträume. Der Berechtigte kann das Fahrzeug nach geltender Rechtsprechung regelmäßig dann entfernen lassen, sobald ihm dies möglich und zumutbar ist. Deshalb kommt ein Abschleppen möglicherweise auch am nächsten Tag noch in Betracht.

Zur Zahlung der entstandenen Abschleppkosten kann grundsätzlich der Halter herangezogen werden, auch dann, wenn ein Dritter das Fahrzeug abgestellt hat. Ein Kostenerstattungsanspruch gegen den Parkenden steht dem Berechtigten nach § 683 BGB zu.

Praktisch sieht es jedoch so aus, dass der Auftraggeber zunächst die Abschleppkosten vorstrecken muß, um anschließend auf dem Zivilrechtsweg die Kosten vom Halter wieder zurückzufordern.

Weil der „Parksünder“ durch das Blockieren der privaten Stellfläche auch eine unerlaubte Handlung begeht, kann er nach § 823 BGB dem Berechtigten gegenüber schadenersatzpflichtig werden.

Bevor man ein Abschleppunternehmen mit der Entfernung

des rechtswidrig geparkten Fahrzeuges beauftragt, ist es im Rahmen der Schadensminderungspflicht jedoch zweckmäßig, zunächst einmal eigene Nachforschungen über den Aufenthaltsort des Verantwortlichen anzustellen und diesen aufzufordern, das Fahrzeug sofort zu entfernen. Zur Verfolgung von Rechtsansprüchen hat der Berechtigte auch die Möglichkeit, bei der Kraftfahrzeugzulassungsstelle, nach Glaubhaftmachung der Beinträchtigung, den Halter zu ermitteln.

Wie sieht es aus, wenn ein Fahrzeug in einem fremden, eingefriedeten Hofraum oder auf einem durch Ketten gesicherten Privatparkplatz widerrechtlich abgestellt ist? Nach der Rechtsprechung kann durch das Abstellen der Tatbestand des Hausfriedensbruchs nach § 123 StGB erfüllt sein. Dies bedeutet wiederum, dass die Polizei das Fahrzeug nach den Bestimmungen des Polizeiaufgabengesetzes, zur Unterbindung dieser Straftat, unter Umständen zwangsweise entfernen könnte.

In allen Fällen ist es aber unzulässig, den Falschparker zu blockieren, um ihm einen „Denkzettel“ zu verpassen, weil dadurch regelmäßig der Tatbestand der Nötigung nach § 240 StGB erfüllt wird.

Joachim Fendt, Rechtsassistent (ZAR)

GdP auf der Herbsttagung des EuroCOP-Komitees vorgestellt

Tief beeindruckt von den Leistungen der GdP für ihre Mitglieder während der FIFA Fußball-WM zeigten sich die Mitglieder des EuroCOP-Komitees auf ihrer Tagung. Im Anschluss an den Fachvortrag von IBPdL Jürgen Schubert zum Einsatzkonzept der Polizei während der WM informierten sich die Kollegen aus dem europäischen Ausland beim

Auf ihrer Arbeitstagung vom 2. bis 3. November in Berlin bereiteten die Mitglieder des EuroCOP-Komitees u. a. den EuroCOP-Kongress im nächsten Jahr in Brüssel vor und beschäftigten sich mit der Situation der Polizeien in den Ländern, die aktuell der EU beitreten wollen. Darüber hinaus wurde der GdP Gelegenheit gegeben, sich bei EuroCOP umfassend vorzustellen.

der Teilnehmer zusammen. Für die Junge Gruppe war die Präsentation auf dem EuroCOP-Komitee gleichzeitig eine gute Gelegenheit, sich auf europäischer Ebene weiter zu vernetzen. EuroCOP unterstützt die Bildung eines europäischen Netzwerks junger Polizistinnen und Polizisten bereits seit einigen Monaten.

zeitige europäische Orientierung ist vor diesem Hintergrund mehr als wichtig“, so Jan Schonkeren, Vorsitzender der Polizeigewerkschaft SLFP/VSOA in Belgien und Stellvertretender Vorsitzender von EuroCOP.

Um die Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Polizei ging es im zweiten Fachvortrag, der von Ministerialdirigent Dr. Hans-Jürgen Förster gehalten wurde. Im Zentrum des Vortrags standen die Ziele der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, die am 1. Januar 2007 beginnt. Hier hat die Bundesregierung sich viel vorgenommen: Neben der Anwendung des Schengener Vertrages auf die neuen EU-Mitgliedsstaa-

ten stehen eine Stärkung von Europol und der Ausbau des Informationsaustauschs in Strafsachen auf Basis des Prüm Vertrags auf dem Programm. Der am 27. Mai 2005 in Prüm unterzeichnete multilaterale Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Spanien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich regelt die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration. Aus Sicht der BRD ein Modell für die gesamte EU: „Im Vordergrund stehen einfache, flache Lösungen für den Datenaustausch, die keinen Aufbau neuer Datenbanken notwendig machen“, so Förster in seinem Vortrag.

Dem konnte auch EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer uneingeschränkt zustimmen, hat EuroCOP doch in der Vergangenheit wiederholt gefordert, dass Synergieeffekte zwischen bereits

bestehenden Datenbanken besser genutzt werden müssen. Gleichwohl zeigte sich das EuroCOP-Komitee skeptisch angesichts der ambitionierten Tagesordnung die sich die Bundesrepublik gemeinsam mit den folgenden Ratspräsidentschaften Sloweniens und Portugals vorgenommen hat.

„Wir werden abwarten müssen, wie viel sich davon tatsächlich umsetzen lässt“, so Kiefer im Anschluss an den Vortrag.

Die wichtigsten Herausforderungen für die Polizei in Europa



Gelungene Vorstellung – EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer mit dem Bundesjugendvorsitzenden Sascha Göritz und seinem Vertreter Nils Zimmermann
Fotos: jv

GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg auch detailliert über die Betreuung durch die GdP. „Eine starke Leistung“, so das Fazit von Peter Ibsen, Vorsitzender der Polizeigewerkschaft in Dänemark.

Auf großes Interesse stieß auch die Vorstellung der Arbeit der JUNGE GRUPPE der GdP durch den Bundesjugendvorsitzenden Sascha Göritz und Nils-Torben Zimmermann (stellv. Bundesjugendvorsitzender). Die GdP hat mit der JUNGE GRUPPE ein Angebot für junge Kolleginnen und Kollegen, das in Europa als vorbildlich gelten kann, fasst EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer die Eindrücke



„Gerade für die Kolleginnen und Kollegen, die heute oder in den nächsten Jahren ihren Dienst beginnen, wird Europa eine immer größere Rolle im dienstlichen Alltag spielen. Eine früh-

GdP-Delegation auf Internationalem Parkett – v.l.n.r. Jörg Radek, Detlef Riefenstahl, Konrad Freiberg – daneben Oronzo Cosi, Alessandro Pisaniello

aus gewerkschaftlicher Sicht finden sich in dem Abschlussbericht der EuroCOP-Konferenzreihe zur EU-Erweiterung wieder, der ebenfalls auf der Tagesordnung des Komitees stand. Im Zentrum steht hier neben einer Verbesserung der Entscheidungsstrukturen in Brüssel die Einigung auf gemeinsame Standards für Professionalität und Integrität in der Polizei.

In diesem Zusammenhang ist auch das EuroCOP Weißbuch zu Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in der Polizei in Europa zu sehen. Die darin erstmalig erstellte Übersicht vermittelt einen lebhaften Eindruck über die starken Unterschiede in den Beschäftigungsbedingungen

in der Polizei in Europa. „Unser Kernanliegen muss es sein, dafür zu sorgen, dass der Polizeiberuf überall in Europa die Anerkennung erfährt, die seiner Bedeutung für eine demokratische Gesellschaft entspricht“, so das Fazit des zuständigen EuroCOP-Vorstandsmitglieds Manuel Lopez aus Spanien.

Ein wichtiges Anliegen auch für die zwei neuen Mitgliedsorganisationen, deren Anträge auf der Herbsttagung des Komitees angenommen wurden: Mit den Polizeigewerkschaften aus Portugal und Tschechien vertritt EuroCOP jetzt die Interessen von 30 Polizeigewerkschaften in Europa.

ju

BUNDESWEHR UND POLIZEI

Klare Regelungen zur Amtshilfe gefordert

Gegen eine Aufweichung der bewährten Aufgabentrennung zwischen dem Schutz der Inneren und äußeren Sicherheit durch Polizei und Bundeswehr haben sich der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg und der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes (DBwV), Oberst Bernhard Gertz, ausgesprochen. Einmütig lehnten sie Bestrebungen ab, über unscharfe Formulierungen auf Verfassungsänderungen hinzusteuern, die Einsätze der Bundeswehr im Innern ohne klare Grenzziehung zum polizeilichen Aufgabenspektrum ermöglichen würden. Sie forderten den Gesetzgeber auf, eine Präzisierung des Einsatzes der Bundeswehr im Bereich der Luft- und Seesicherheit entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts vorzunehmen. Diese müsste eindeutig regeln, dass nur in den Fällen, in denen die Polizei nicht über ausreichende Möglichkeiten verfügt, die Bundes-

wehr im Rahmen der Amtshilfe und im Auftrag der Polizei unterstützend auch mit militärischen Mitteln eingreifen dürfe.

Oberst Gertz: „Die fachliche Qualifikation der Bundeswehr als Institution zur Verteidigung der äußeren Sicherheit und zur Bewältigung von Aufgaben in Krisengebieten ist ebenso hoch entwickelt, wie das staatsbürgerliche Verständnis ihrer Angehörigen.“ Beides seien Gründe dafür, dass die Bundeswehr in der Abwehr der Pläne zur Vermischung der Aufgaben fest an der Seite der GdP stehe.

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg verwies darauf, dass Ausstattung, Auftrag und Selbstverständnis beider Institutionen unterschiedlicher nicht sein können: „Wer sie vermischt, setzt auch ihre Effizienz aufs Spiel. Von den grundlegenden und bewährten Prinzipien unserer Verfassung ganz zu schweigen.“

red.

Einmalzahlung für Bundesbeamte

Die tarifvertraglich vereinbarten Einmalzahlungen sollen nun endlich inhaltsgleich auf die Bundesbeamten übertragen werden. Dies sieht der entsprechende Gesetzentwurf vor, den der Bundesinnenminister Ende Oktober ins Beteiligungsverfahren gab.

Nachdem am 9. Februar 2005 die Tarifpartner im öffentlichen Dienst sich geeinigt hatten, dass für den Bundes- und den Kommunalbereich die Beschäftigten Einmalzahlungen in den Jahren 2005, 2006 und 2007 erhalten, forderten GdP und DGB eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses für die Bundesbeamten. Auch aufgrund der gewerkschaftlichen Bemühungen wurde im Juli 2005 wenigstens eine Abschlagszahlung von 100 Euro ausgezahlt.

Mitte Oktober 2006 erinnerte die GdP gemeinsam mit dem Deutschen Bundeswehrverband den Gesetzgeber nochmals eindringlich an die ausstehenden Einmalzahlungen. Der DGB als Sprecher der ÖD-Gewerkschaften unterbreitete den Fraktionsvorsitzenden der Mehrheitskoalition einen Gesetzentwurf über die Gewährung der Einmalzahlungen.

Nun sieht der Gesetzentwurf entsprechend dem Tarifvertrag über Einmalzahlungen folgendes vor:

- Beamte erhalten in den Jahren 2005, 2006 und 2007 jeweils eine Einmalzahlung in Höhe von 300 Euro;
- Anwärtern wird für die Jahre 2005, 2006 und 2007 jeweils eine Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro gewährt;
- bei Teilzeitbeschäftigten erfolgt die Gewährung der Einmalzahlung entsprechend dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Wochenarbeitszeit;
- Anspruch auf Einmalzahlungen haben Bezieher von Dienstbezügen.
 - für das Jahr 2005 in Teilbeträgen von jeweils 100 Euro, wer im Monat Juli, Oktober und De-

zember jeweils Anspruch auf Dienstbezüge hatte;

- für das Jahr 2006 und 2007 in Teilbeträgen von jeweils 150 Euro, wer im April und Juli jeweils Anspruch auf Dienstbezüge hatte bzw. hat.
- Für Anwärter gilt der Anspruch auf Einmalzahlungen, wenn ein Anspruch auf Anwärterbezüge jeweils im Juli der Jahre 2005, 2006 und 2007 bestand bzw. besteht.

Das Gesetz soll nach den Vorstellungen des BMI am 1. Dezember 2006 in Kraft treten.

In ihrer Stellungnahme begrüßte die GdP die Übertragung der tarifvertraglichen Einmalzahlung auf den Beamtenbereich. Sie kritisierte jedoch heftig die fehlende Einbeziehung der Versorgungsempfänger in die Einmalzahlungsregelung. Schließlich seien sie von den Bezügekürzungen im öffentlichen Dienst der vergangenen Jahre im besonderen Maße betroffen. Die GdP und der DGB erwarten daher eine Einbeziehung der Versorgungsempfänger in die Einmalzahlungsregelung.

Hans Adams

Kurz vor Redaktionsschluss verabschiedete das Bundeskabinett den Gesetzentwurf über die Einmalzahlungen. Leider bleiben Versorgungsempfänger von der Gewährung der Einmalzahlungen unberücksichtigt. Die GdP wird sich daher bei den Bundestagsfraktionen um eine entsprechende Ergänzung des Gesetzentwurfes einsetzen.

Rentenreform – so nicht!

Seit Anfang November 2006 liegt der Referentenentwurf des Rentenversicherung-Altersgrenzenanpassungsgesetzes auf dem Tisch, der von den Gewerkschaften so nicht akzeptiert werden kann. Streitpunkte sind insbesondere die Erhöhung der gesetzlichen Altersgrenzen (in Schritten von 2012 bis 2029) sowie die Einführung eines Ausgleichsfaktors (bislang Nachholfaktor genannt).

Die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters führt zu einer Verkürzung der durchschnittlichen Bezugsdauer der Rente, wenn die Versicherten tatsächlich später in die Altersrente gehen oder zu einer Verringerung der Rentenhöhe aufgrund von Abschlägen, wenn die Versicherten frühzeitig in Rente gehen.

Der DGB lehnt die Entscheidung zur Anhebung des gesetzlichen Rentenalters ab: Es ist sehr unwahrscheinlich, dass sich die Arbeitsmarktlage in den nächsten Jahren und Jahrzehnten so stark verbessert, dass die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer faire Chancen zur Erwerbsbeteiligung haben werden. Viele schaffen es aus gesundheitlichen Gründen nicht, bis zum 67. Lebensjahr in Erwerbstätigkeit durchzuhalten. Die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters wird daher die Arbeitslosigkeit unter den Älteren verschärfen, den Druck aber auch auf Berufsanfänger und jüngere Arbeitnehmer und auf das Lohngefüge erhöhen. Vor allem aber wird die Rente mit 67 unter diesen zu befürchtenden und zu erwartenden Rahmenbedingungen ein reines Rentenkürzungsprogramm sein, denn beide oben genannten Maßnahmen führen zu einer Minderung des Umfangs der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung.

Auch der Ausgleichsfaktor führt zu einem sinkenden Rentenniveau.

Die Rente mit 67 wird deshalb das „Ausfransen“ der Erwerbsbiografien zum Ende des Erwerbslebens hin weiter verschärfen: Die Zahl der Menschen, die als

- gleichzeitig aber zu krank und zu belastet dafür sind, auf dem Arbeitsmarkt reelle Chancen zu haben,
- jedoch wiederum nicht krank genug für die Erfüllung der engen Kriterien der Erwerbsminderungsrente eingeschätzt werden, wird steigen.

Schon heute tritt nur ca. ein Fünftel der Altersrentner aus sozialversicherungspflichtiger Arbeit in den Ruhestand ein. Ein Großteil, ca. 70 Prozent, geht aus der Arbeitslosigkeit, der Freistellungsphase der Altersteilzeit, aus Krankengeldbezug oder aus der „Stillen Reserve“ in die Rente.

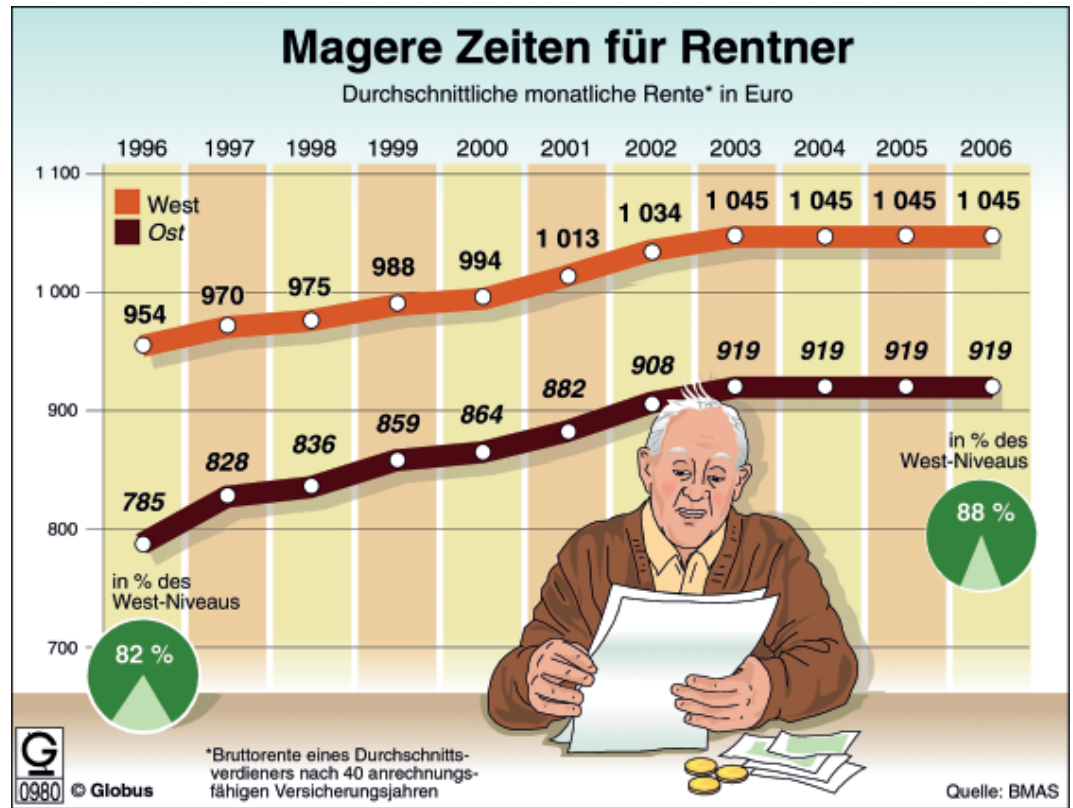
Der DGB lehnt die Einführung eines Ausgleichsfaktors strikt ab. Seit drei Jahren stagniert die Höhe des aktuellen Rentenwerts, die Rentenzahlbeträge sind durch Sonderbelastungen (insbesondere durch höhere Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge) gesunken und haben durch die Inflation an Kaufkraft verloren. Der Ausgleichsfaktor würde im nächsten Jahrzehnt zu einigen weiteren Runden von Minianpassung und damit zu weiteren Kaufkraftverlusten führen. Neben der Tatsache, dass damit oftmals einer Altersarmut Vorschub geleistet wird, ist diese Belastung der Rentnerinnen und Rentner auch aus ökonomischen Gründen problematisch, da dadurch die Konsumnachfrage gedrückt wird.

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften werden das Gesetzgebungsverfahren weiter begleiten und ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Gesetz auch im Rahmen der „Herbstaktivitäten“ deutlich machen.

kör.

Die Rentner in Deutschland müssen seit drei Jahren Nullrunden hinnehmen. Die letzte Anhebung gab es im Jahr 2003, seitdem wurden die Renten nicht angehoben. Entsprechend verharrten die Renten auf ihrem Niveau: Im Westen beträgt die (Brutto-)Rente eines Arbeitnehmers mit 40 Versicherungsjahren und Durchschnittsverdienst 1 045 Euro pro Monat, in den neuen Ländern sind es 919 Euro. Der Rentenwert im Osten beträgt damit zurzeit 88 Prozent des Westwertes. Tatsächlich liegen die Ostrenten aber oftmals über den Westrenten, denn viele Rentner können auf eine höhere Anzahl von Anrechnungsjahren verweisen.

Quelle:
Globus Infografik GmbH



Farbenwechsel im Kosovo – die Ablösung der UN steht bevor

Die Kosovo-Mission der Vereinten Nationen (UN) ist angesichts der Brennpunkte Irak, Palästina, Afghanistan, Sudan und Kongo ein wenig aus dem öffentlichen Blickfeld geraten. Sie macht nur noch selten Schlagzeilen und dann geht es eher um Ereignisse wie den Besuch von Nicole Kidman als UN-Botschafterin für Frauenrechte. Die Krisenregion scheint sich stabilisiert zu haben. Nach den Märzunruhen 2004 hat es keine vergleichbaren Ereignisse gegeben, so dass sich die UN wieder der eigentlichen Mandatserfüllung zuwenden konnte. Viel ist seitdem erreicht. Dennoch kann im Kosovo keineswegs von Konfliktbefriedung und Normalität gesprochen werden.

Sicherheitslage

Die Sicherheitslage wird in offiziellen Verlautbarungen der UN als ruhig aber gespannt bezeichnet. Ruhig deshalb, weil die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechterhalten werden und die registrierte Kriminalität seit zwei Jahren stagniert, in Teilen sogar leicht zurückgeht. Ethnisch begründete Delikte sind die Ausnahme. Die Kriminalitätsbelastung liegt im Bereich deutscher Großstädte. Be-

Wiederholt hat „DEUTSCHE POLIZEI“ über internationale Polizeimissionen berichtet (zuletzt in 7/05, 8/05 und 3/06). Polizeidirektor Jan Schürmann betrachtet im folgenden Beitrag die gegenwärtige Lage im Kosovo, vor allem den Stand des Übergabeprozesses und die mögliche Gestaltung einer EU-geführten Mission.



Einsatzbesprechung, der Internationalen- und Kosovo-Polizei anlässlich der Trauerfeierlichkeiten und Beisetzung von Präsident Ibrahim Rugova im Januar 2006, zu denen mehr als 400.000 Kondolierende in die Hauptstadt Pristina kamen.

delikte, was sich allerdings positiv auf Aufklärungsquoten auswirkt. Viele Straftaten sind Ausdruck mangelnder Akzeptanz und fehlenden Vertrauens in staatliche Instanzen und Entscheidungen

mit der Folge eigener „Rechtsdurchsetzung“.

Fühlbar gereizt und gespannt ist die Lage angesichts der nahenden Statusentscheidung besonders in Gebieten mit starkem kosovo-serbischen Bevölkerungsanteil (im Landesdurchschnitt etwa 8 %). Es bedarf offenbar nur geringer Anlässe, um auf beiden Seiten Feindbilder abzurufen und sich mit Gewalttaten zu solidarisieren.

Ein ebenso großes Risiko resultiert aus den gefährlichen Schnittstellen zwischen Politikern, Kriegsverbrechern und organisierten Kriminellen, die ihre Macht- und Gewinninteressen verfolgen, denen weder an einem rechtsstaatlichen, friedlichen Kosovo noch am Gemeinwohl gelegen ist.

Als positive Faktoren für den

Befriedigungsprozess sind die geringe religiöse Fanatisierbarkeit der Bevölkerung und der klare Wille zur europäischen Integration zu nennen. Ganz entscheidend wird es jedoch auf die Verbesserung und Stabilisierung der noch immer

schlechten Wirtschafts- und Arbeitslage ankommen.

Seit Juni 1999 haben die Vereinten Nationen das Mandat zur vorübergehenden zivilen Verwaltung des im staatsrechtlichen Sinne zu Serbien gehörenden Kosovo. Ihr Auftrag reicht von Friedenssicherung, Entwaffnung, Wiederherstellung von Infrastruktur und Wirtschaft über Gewährleistung von Sicherheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, bis zum Aufbau von Staatsorganen, Staatsfunktionen und Transfer der zivilen Staatsgewalt. Diese Ziele sind weitgehend erreicht worden, wobei immer noch die Maßstäbe einer Krisenregion angelegt werden müssen.

Trotz mancher Mängel und Einschränkungen handeln kommunal-



unruhigend ist allerdings die hohe Gewaltbereitschaft. Regelmäßig handelt es sich um Beziehungs-

Internationale Polizei und KFOR bei Einsatz nach Handgranatenanschlag im Mai 2005.

le, regionale und landesweite Vertretungen, Verwaltung, Regierung und Gerichtsbarkeit unter UN-Aufsicht bereits überwiegend eigenständig. Die geforderten Standards sind soweit hergestellt, dass eine neue Phase beginnen kann: Erklärtes Ziel für 2007 ist der Rückzug der UN und die Übergabe an eine Nachfolgemission.

Innerhalb der genannten Ziele galt es für die UN-Polizei, die öffentliche Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung sicher-

che der Schwerestrafkriminalität wie Korruption, Wirtschaftsdelikte, Kriegsverbrechen, Terrorismus, Zeugenschutz und Spezial-einsatzkräfte.

Kosovo-Status noch ungeklärt

Eine politische Lösung ist nach mehr als sieben Jahren UN-Verwaltung überfällig. Seit dem 20. Februar diesen Jahres werden in Wien unter Leitung von Marti Ahtisaari Statusverhandlungen geführt. Die völkerrechtliche Frage lautet verkürzt: Autonomie oder Unabhängigkeit. Die Kosovo-Albaner wollen entsprechend montenegrinischem Vorbild Unabhängigkeit. Serbien will das Kosovo nicht aufgeben und allenfalls einer weitgehenden Autonomielösung zustimmen. Da die serbische und die kosovo-albanische Seite sich auch nach Monaten kaum aufeinander zu bewegen, muss es eine Lösung von außen geben, die in jedem Fall konfliktträchtig sein wird. In besonderer Verantwortung stehen die Quint-Staaten (Frankreich, Italien, Großbritannien, Deutschland und USA), die eine starke Dezentralisierung und eine Art limitierte Unabhängigkeit (mit Restriktionen und Privilegien) favorisieren. Einer solchen Lösung hat Russland jüngst widersprochen. Ganz offensichtlich wird es ohne Russland keine Statusentscheidung geben und ohne eine Statusentscheidung fehlen die grundlegenden Voraussetzungen für ein EU-Mandat.

EU-Engagement ist nicht neu in der Krisenregion. So hat sich bisher insbesondere die EU-Kommission (zuständig für die vergemeinschafteten Politiken) mit zahlreichen Projekten und erheblichen finanziellen Mitteln an Wiederaufbau und Stabilisierung der Region beteiligt. Ganz entscheidend für das Gelingen des Friedensprozesses ist die frühzeitige Entscheidung der EU, dem Kosovo eine europäische Integration nicht zu verschließen und gemeinsame Lösungen für die Westbalkanstaaten zu finden. Die Berührungen und Interessen sind vielfältig, nicht nur aufgrund der

Nachbarschaft sondern auch durch die Tatsache, dass noch immer mehrere hunderttausend Flüchtlinge in den Mitgliedsstaaten leben. Europa gibt Maßstäbe und Perspektive.

Missionswechsel

Jetzt rückt EU-Säule II (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) unter der Leitung von Javier Solana mit der Planung und Gestaltung einer EU-geführten Friedensmission in den Blickpunkt.

Erste Schritte zur Erfassung der Lage und Übernahmehedingun-

despolizei vertreten, der durch seine vorherige UN-Mission mit der statusbedingten Grenzproblematik und dem Integrierten Border Management besonders vertraut ist.

Das Planing Team hat die Erfassung und Beurteilung der Planungsdaten einschließlich der Sicherheitslage inzwischen abgeschlossen und Brüssel einen ersten Vorschlag für die künftigen Erfordernisse und die Mandatsgestaltung unterbreitet. Damit werden sich nun die Mitgliedsstaaten auseinandersetzen und Positionen entwickeln. Aus den Vorschlägen ist dann als Rahmenplan

Der Autor



Polizeidirektor Jan Schürmann arbeitete von Ende März 2005 bis Ende September 2006 für die UN-Mission im Kosovo, zunächst als Deputy Regional Commander Pristina, später als Chief of Staff und Head des Transition Departments, das in enger Zusammenarbeit mit der EU die Übergabe der Mission vorbereitet. Außerdem leitete er das Deutsche Polizeikontingent im Kosovo.

zustellen sowie eine funktions- und leistungsfähige Kosovo-Polizei aufzubauen. Mehr als 7.500 Polizeikräfte sind seit Beginn der Mission eingestellt und ausgebildet worden. Sie können mit alltäglichen Sicherheitsaufgaben und Strafverfolgung umgehen. Deshalb sind alle Polizeistationen, die regionalen Polizeibehörden (ausgenommen Mitrovica), die meisten Dienststellen der Kriminalpolizei und Grenzübergangsstellen (rück-)übertragen worden.

Ungelöst und der Nachfolgemission überlassen bleiben Berei-



gen unternahm die EU im Februar dieses Jahres mit einer sogenannten Fact Finding Mission im Kosovo. Dieser folgte, gestützt auf ein Mandat des Ministerrates vom 10. April 2006, die Entsendung des EU-Planing Teams (EUPT) zur Vorbereitung einer zivilen Friedensmission mit Schwerpunkt Verwaltung, Polizei und Justiz. Diesem Planing Team unter Leitung des dänischen Diplomaten Casper Klinge gehören fünf Polizeiexperten für Öffentliche Sicherheit, organisierte Kriminalität, allgemeine Kriminalität, Spezialeinheiten und Grenzsicherheit an. Deutschland ist durch Markus Karp von der Bun-

Trotzdem im Kosovo eine Menge erreicht wurde, müssen immer noch die Maßstäbe einer Krisenregion angelegt werden. Hier das Ergebnis eines Drohanschlags im September 2006.

ein Concept of Operation (CONOPS) zu entwickeln und durch zahlreiche weitere Regelungen auszugestalten.

Eine schnelle Lösung ist bei der Komplexität der Probleme und Tragweite der Entscheidungen kaum möglich. So wurde das ursprüngliche Mandat des Planing Teams bereits bis Ende März 2007 verlängert. In dieser Zeit dürften die Statusverhandlungen in Wien abgeschlossen werden. Mit dem Status wird auch das künftige Mandat verknüpft werden. Daran anschließend dürfte sich eine mehrwöchige Übergabe-Übernahme-Phase, in der UN und EU nebeneinander im Kosovo agieren.

Das Dienstgebäude des EU-Planing Teams (EUP), in dessen Aufgabenbereich die Vorbereitung einer zivilen Friedensmission mit Schwerpunkt Verwaltung, Polizei und Justiz fällt.

Deutsche im Kosovo

Deutsche stehen im Blickpunkt der Übergangsphase. Am 1. September dieses Jahres wurde Joachim Rücker vom UN-Generalsekretär zum Spezialbeauftragten für das Kosovo ernannt. Er kennt die Probleme und Akteure – als Leiter der 4. (EU) Säule der UN-Mission, war er zuständig für den wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Ebenfalls am 1. September übernahm Generalleutnant Roland Kather das Kommando über 17.000 Soldaten der KFOR. Als Leiter der OSZE, zugleich 3. Säule der UN-Mission, ist Botschafter



Werner Wndt verantwortlich für die Institutionenbildung, Demokratisierung, Durchsetzung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit.

Neben diesen Spitzenpositio-

nen, findet man Deutsche in verantwortlichen Stellen aller Organisationen, die sich internationaler Arbeit verschrieben haben und ihr Gewicht einbringen. Ab 1. Januar 2007 übernimmt Deutschland die

größte Kontingente stellen. Wenn man von einer Gesamtstärke zwischen 600 und 900 Kräften ausgeht, dürfte die Zahl der Deutschen um die 100 betragen. Aufgrund des zu erwartenden Man-

EU-Präsidentschaft. In dieser Zeit ist ein Höchstmaß an Initiative und diplomatischem Geschick gefragt, da der Abschluss der Statusverhandlungen und die Umsetzung der Entscheidungen anstehen.

Polizei-kontingent

Deutsche Polizisten sind auch in der Nachfolgemission gefragt. Sie werden voraussichtlich das

INTERNATIONALE POLIZEIEINSÄTZE

dats, das im Kern Monitor- und Mentoraufgaben der gehobenen Leitungspositionen ausmacht, aber auch die Bekämpfung und Ermittlung bestimmter Schwermriminalität einschließen wird, werden Spezialisten gefragt sein.

Ähnlich wie bei den EU-Missionen in Bosnien und Mazedonien werden für die Positionen Anforderungsprofile erstellt und in

den beteiligten Staaten ausgeschrieben. Die Besetzung der Positionen wird also grundsätzlich vor Missionsbeginn festgelegt. In der Übergangsphase soll ein „weicher“ Übergang erfolgen. Es ist die Übernahme von UNMIK-Personal durch die EU denkbar, das die Barrets wechselt.

Offen ist die Regelung der Ver-

gütung. Die EU folgt diesbezüglich eigenen Kriterien, die sich an dem Mandat, dem Risiko, dem Aufwand orientieren und unterhalb derer der UN liegen werden.

Die erreichte Entwicklungsstufe der Kosovo-Polizei und das neue Mandat verlangen andere Kompetenzen. In bewährter Weise werden die künftigen EU-Mis-

sionare in speziellen Vorbereitungsseminaren des Bundes auf die veränderten Aufgaben und Bedingungen eingestellt. Gerade die „Wiederverwender“ müssen neu lernen und Anpassungsfähigkeit unter Beweis stellen, denn sie werden „ihre“ vorherige Mission nicht wieder finden.

**Text und Fotos:
Jan Schürmann**

Vom Computerspieler zum Killer?

Ein Beitrag zur Diskussion um so genannte „Killerspiele“

Dr. Frank J. Robertz,
Dr. des. Ruben Wickenhäuser

Altersfreigabe der USK

Die Altersfreigabe steht auf einem viereckigen, farbigen Aufkleber auf jeder Computerspielschachtel. Die USK (Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle) staffelt die Freigabe der Spiele in:

- ohne Altersbeschränkung (weiß): Diese Spiele sind nicht zwangsläufig schon für jüngere Kinder verständlich oder beherrschbar, jedoch unbedenklich.

- ab 6 Jahren (gelb): Die abstrakt-symbolischen, comicarigen Spiele sind durch etwas unheimliche Spielumgebungen, durch ihre Aufgabenstellung oder Geschwindigkeit zu belastend für kleinere Kinder.

- ab 12 Jahren (grün): Spieldaufgaben werden mit kampfbetonten Grundmustern gelöst, beispielsweise durch historische Militärgerätschaft, Science-Fiction-Welten oder tapfere Rollen in Sagen und Mythenwelten. Die Gewaltanwendung ist jedoch in nicht alltagsrelevante Szenarien eingebunden.

- ab 16 Jahren (blau): Rasant bewaffnete Action, die sich auch gegen Spielfiguren richtet, aber auch Spielkonzepte, die fiktive oder historisch-kriegerische Auseinandersetzungen atmosphärisch nachvollziehen lassen. Eine gewisse Reife des sozialen Urteilsvermögens und der kritischen Reflexion erscheint erforderlich.

- keine Jugendfreigabe – also ab 18 Jahre (rot): Der Inhalt kann die Entwicklung von Jugendlichen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit beeinträchtigen. Der Bestandteil der „Jugendgefährdung“ im Sinne des JuSchG darf nicht erfüllt sein.

Die Diskussion um eine Gefährdung von Kindern und Jugendlichen durch als „Ego-Shooter“ bezeichnete Computerspiele reißt nicht ab. Gewaltdarstellung und Gegner in den Spielen muten durch ausgereifte Technik und fortentwickeltes Design immer realistischer an. Wie groß die Risiken für tatsächliche Gewaltanwendung im realen Leben sind, die von solchen Spielen ausgehen, ist umstritten. Dr. Frank J. Robertz und Dr. des. Ruben Wickenhäuser vom Berliner Institut für Gewaltprävention und angewandte Kriminologie haben sich mit dem Thema näher beschäftigt:



Mit Bildung der großen Koalition wurde auch als politisches Ziel vereinbart, ein Verbot von Produktion und Vertrieb so genannter „Killerspiele“ zu prüfen. Doch was ist eigentlich ein „Killerspiel“?

Bislang wird der Begriff auch von den Koalitionspolitikern recht unterschiedlich interpretiert. Überwiegend wird der Begriff auf so genannte „Ego-Shooter“ angewendet. Dies sind Computerspiele, bei denen der Spieler sozusagen durch die Augen seiner Spielfigur blickt und sich durch eine dreidimensional dargestellte Umgebung

bewegt. Diese Umgebung kann ein Wald, eine Wüste, aber auch eine Stadt oder eine Wohnung, Bunkeranlage oder Schule sein. Überall lauern Gefahren in Gestalt von computergesteuerten Ungeheuern oder, wenn in einem Netzwerk (über Internet oder LAN) mit anderen Spielern zusammen gespielt wird, in Gestalt der von diesen Spielern gewählten Spielfiguren. Mit einem umfangreichen Waffenarsenal, zu dem beispielsweise Kettensägen, Schrotflinten oder Schleimwurfgeräte gehören können, kämpfen

die Spieler gegeneinander und gegen computergesteuerte Gegner. Mittlerweile stehen in vielen Spielen auch Fahrzeuge zur Verfügung: Panzer oder Jagdflugzeuge, in welche die Spielfiguren „einsteigen“ und deren schwere Bewaffnung sie nutzen können.

Mit der Entwicklung schnellerer Rechner nehmen nicht nur die Möglichkeiten für mehrere Spieler und deren Ausrüstung zu, sondern vor allem die Qualität der dreidimensionalen Darstellung.

Vom 31.3. bis zum 2.4.2000 füllten fast 800 Computerfreaks die Thüringenhalle in Erfurt bei der damals größten ostdeutsche LAN-Party. LAN (Local Area Network) steht für lokale Rechnernetze. Dabei verbinden die Computerspieler, ihre PCs zu Netzwerken und spielen einzeln oder in Mannschaften gegeneinander.

Foto: picture-alliance/ZB

Waren bei den ersten „Ego-Shootern“ Anfang der neunziger Jahre Umgebungen und Wesen aus eckigen Bildpunkten grob zusammengesetzt, so entsteht bei den

COMPUTERSPIELE

gegenwärtigen Spielen tatsächlich fast der Eindruck, als sitze man in einem real gedrehten Film – mit einem entscheidenden Unterschied: Während man den Film nur betrachtet, muss man im Computerspiel aktiv handeln. Häufig besteht dieses Handeln im Wesentlichen aus Pirschen, Deckung suchen, Schießen und dem Erreichen bestimmter Kontrollpunkte.

Kausale Zusammenhänge?

Nicht zuletzt weil diese virtuellen Handlungen frappierend an den modus operandi des jugendlichen Amokläufers am Gutenberg-Gymnasium von Erfurt erinnern, werden zwischen diesen Spielen und schwerer zielgerichteter Gewalt an Schulen und im öffentlichen Raum enge Zusammenhänge vermutet. Während der Täter von Erfurt häufig den im urbanen Raum angesiedelten Ego-Shooter „Counter-Strike“ spielte, hatten die beiden jugendlichen Täter von Columbine eine Vorliebe für das eher von Dämonen durchsetzte Spiel „Doom II“. Sie stellten sogar selbst erstellte Raumpläne für dieses Spiel ins Internet und zitierten es wiederholt in ihren prädeliktischen Äußerungen zur Tat.

Auch mit anderen in Deutschland bekannt gewordenen schweren Gewalttaten durch Jugendliche, wie in Bad Reichenhall und Meißen, wird der intensive Konsum mehrerer gewalthaltiger Ego-Shooter in Verbindung gebracht.



„Ego-Shooter“ mit realer Umwelt
Quelle: Counter-Strike

ein Kausalitätsproblem: Nur weil solche Spiele nach schwerwiegenden Gewalttaten in den Zimmern jugendlicher Tätern gefunden worden sind, lässt sich zumindest wissenschaftlich betrachtet kein ursächlicher Zusammenhang belegen. Vor allem, da die überwiegende Mehrheit männlicher Jugendlicher, die Ego-Shooter aktiv konsumieren, als nicht gewaltbereit einzustufen ist. Um einen Beleg für die schädigende Wirkung anzuführen, muss ein Blick auf die bislang durchgeführten Studien erfolgen.

Studienergebnisse

Leider können selbst aktuelle Forschungsergebnisse nur feststellen, dass „manche Formen von Mediengewalt für manche Individuen unter manchen Bedingungen negative Folgen nach sich ziehen

können“ und dass „jede einfache Antwort auf die komplexe Entstehung von Gewalt und die Rolle der Medien (...) als unseriös betrachtet werden muss“ (Prof. Dr. Kunzick in einer Metaanalyse im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend).

Während einige Studien Hin-

weise zu negativen Auswirkungen von gewalthaltigen Computerspielen auf Denkweisen, Gefühle und Verhalten gefunden haben, sind die durchgeführten Studien bislang noch zu gegensätzlich, um klare Auskünfte zu erlauben. Fest steht jedoch, dass in jedem Einzelfall nicht nur Inhaltsaspekte des Spiels und der Spielsituationen betrachtet werden müssen, sondern auch die Person des Spielers und sein soziales Umfeld.

Eine Studie von Krahe und Möller an über 3.000 Personen zwischen 12 und 40 Jahren hat beispielsweise ergeben, dass sich gewalthaltige Computerspiele überwiegend bei bereits aggressiven Spielern aggressionssteigernd auswirken. So zeigen Spielerinnen und Spieler, die häufig und gerne Gewaltspiele nutzen, eine Tendenz, eher aggressiv zu denken und anderen auch eher aggressive Gedanken zu unterstellen. Diese Erkenntnis deckt sich mit Theorien, die davon ausgehen, dass bereits gewaltbereite Jugendliche sich mit gewalthaltigen Inhalten beschäftigen, um ihre Phantasien noch stärker anzuregen. Mithin wäre die Rolle dieser Spiele nicht als unmittelbarer und einziger Auslöser von schweren Gewalttaten anzusehen, sondern als Verstärker eines bestehenden Problems.

Die bereits gewalthaltigen jugendlichen Vorstellungswelten werden durch die Inhalte und Vorgehensweisen der Spiele verstärkt. Es spielen jedoch zum einen auch sonstige gewaltanregende Medien eine Rolle (wie etwa gewalthaltige Filme oder Nachrichtensendungen). Zum anderen kommen auch

zahlreiche innere und äußere Faktoren zum Tragen, bevor ein Jugendlicher tatsächlich Gewalttaten in der Realität ausübt. Hier sind als Risikofaktoren in Bezug auf die Person bio-psycho-sozial im Lebensverlauf erworbene Verwundbarkeiten zu sehen, die beispielsweise in Gehirnschädigungen, psychischen Störungen, fortgesetzten Misshandlungen oder Entwicklungsschädigungen begründet sein können.

Weiterhin können individuelle Auffassungen von Normen und Werten sowie Intoxikationen eine Rolle spielen.

In der Tatsituation selbst spielen auch Gruppeneinflüsse, Orte, Beziehungen zu potentiellen Opfern und Kosten-Nutzen-Überlegungen eine Rolle. Der vielleicht wichtigste Faktor ist jedoch der Grad an sozialer Einbindung eines Jugendlichen. Je besser ein Jugendlicher in ein funktionsfähiges soziales Beziehungssystem eingebunden ist, desto eher ist nicht nur die externe Kontrolle durch Erwachsene gewährleistet, sondern auch sein individuelles Gefühl von Verbundenheit mit anderen Menschen. Dieses Gefühl wirkt in hohem Maße gewaltpräventiv, da durch die Ausübung von Gewalt sowohl diese Beziehungen, als auch der darauf aufbauende eigene Status quo gefährdet werden. In allen genannten Fällen schwerer Gewalttaten durch Jugendliche lag ein funktionsfähiges soziales Band nicht vor.

Ersatzwelten

Und hier kommen wir wieder zu den Ego-Shootern. Denn diese Spiele können für einige gefährdete Jugendliche den Status einer Ersatzwelt annehmen. Wird die Realität als unbefriedigend und feindlich erlebt, so verhilft das Erzielen von Höchstwerten durch das Töten von Gegnern am Bildschirm zu Selbstbestätigung.

Je einsamer ein Jugendlicher ist, desto wichtiger kann dieses Gefühl für ihn werden, und desto exzessiver wird er vorhandene Spiele nutzen. Das bedeutet nicht, dass Spiele als solche vereinsamend wirken würden. Im Gegenteil wird bei einigen Computerspielen durch vir-



Bei „Ego-Shootern“ blickt der Spieler quasi durch die Augen seiner Spielfigur.
Quelle: Doom 3

Betrachten wir den Vorwurf genauer, dann stellt sich zunächst

tuelle Kommunikation zwischen mehreren Teilnehmern sogar ein Gemeinschaftsgefühl erzeugt, ja, es werden sogar dank dieses Mediums gewonnene Bekanntschaften gepflegt. Ist ein im obigen Sinne gefährdeter Spieler jedoch bereits einsam und beschäftigt er sich (oftmals in dem Versuch, Anerkennung zu erreichen) mit gewalthaltigen Videospiele, dann kann bei fortgesetzten Verletzungen und Versagungen im realen Leben in Einzelfällen der Wunsch auftreten, die Spielinhalte im rea-

nur 30 mit keiner Altersfreigabe aufgrund möglicher Jugendgefährdung beurteilt worden.

Neben der Bewertung der USK kann die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) darüber hinaus für Spiele mit strafrechtlich relevanten Inhalten ein Verbot aussprechen und Spiele mit jugendgefährdenden Inhalten indizieren. Im vergangenen Jahr wurden auf diese Weise 29 Computer- und Videospiele indiziert.

Insbesondere durch die Verfügbarkeit schneller Internet-

grundlegender ethischer Werte auf. Da die Industrie im Kampf um den Käufer sehr von medialem Wirbel profitiert, werden gezielt Tabubrüche begangen. Betrafen diese früher überwiegend das Ausmaß und den Realitätsgrad von Gewaltdarstellungen, zeichnet sich bei den aktuellen Spielen zudem ein Trend zum Einbinden von Kindern als zu besiegende Spielgegner ab; sowohl in dem kürzlich erschienenen „Prey“, als auch in dem für kommendes Jahr angekündigten Spiel „Bioshock“ treten nun auch Kinder als Feinde auf.

Im ersten Fall erscheinen sie noch als geisterhafte Mädchen gestalten, die von Kinderlachen begleitet werden. Im Fall von „Bioshock“ nehmen sie dagegen eine recht zentrale Rolle als gewöhnlich aussehende, realistisch dargestellte kleine Mädchen mit klobigen Spritzen in der Hand ein (Abbildung 3).

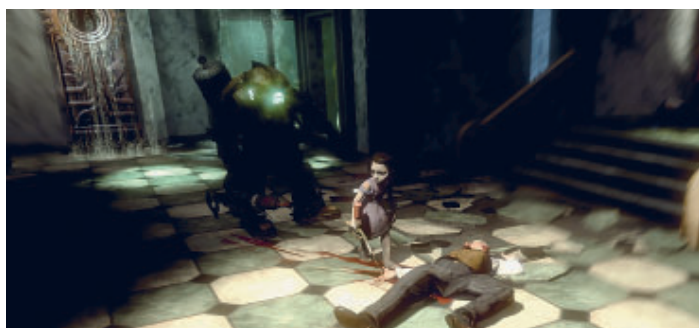
Massive Gewalt gegen virtuelle Erwachsene und nun sogar gegen Kinder wird als lohnend dargestellt. So kann eine Wahrnehmungsverschiebung begünstigt werden, die sich mit dem in Fern-

sehfilmen und Nachrichten alltäglich konsumierbaren Zynismus ergänzt.

Das eingangs erwähnte Verbot von „Killerspielen“ durch die Große Koalition wurde aktuell zumindest relativiert. So lautete die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion im Spätsommer diesen Jahres, es bestünde kein Bedarf für eine Gesetzesverschärfung, da das vor drei Jahren eingeführte System der Kooperation von Staat und Wirtschaft im Rahmen der Bewertung von Computerspielen gut funktioniere. Dies deckt sich mit der Aussage des Leiters der USK, Klaus-Peter Gerstenberger, der der WELT gegenüber äußerte: „Deutschland hat bei Computerspielen schon jetzt den schärfsten Jugendschutz der Welt.“

Auch wenn das Verbot nicht umgesetzt wird, wird die Diskussion jedoch immer wieder aufflackern – mit einer Industrie, die den Tabubruch sucht, erhält sie ständig Nahrung.

Weitere Informationen unter www.igak.org



In „Bioshock“ agieren gewöhnlich aussehende, realistisch dargestellte kleine Mädchen mit klobigen Spritzen in der Hand. Quelle: Bioshock

len Leben umzusetzen. Dies war sicherlich in Erfurt, in Columbine und möglicherweise auch in Bad Reichenhall und in Meißen der Fall. Hätten die Jugendlichen hingegen neben den Spielen auch positive und hilfreiche Beziehungen zu Erwachsenen aufweisen können, dann wäre die von ihnen ausgehende Gefahr wohl gering gewesen.

Je jünger, desto riskanter

Gerade für junge Spieler wird die Auseinandersetzung mit gewalthaltigen Computerspielen generell als riskanter eingeschätzt. Dem soll in Deutschland die Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) entgegenwirken. Die USK prüft Spiele und vergibt gestaffelte Altersfreigaben, die für Händler seit dem 1.4.2003 gemäß §14 JuSchG bindend sind (siehe Infobox). Die meisten Ego-Shooter sind ab 16 Jahre freigegeben bzw. haben keine Jugendfreigabe, sind also erst ab 18 Jahren verfügbar. Im vergangenen Jahr sind von 2.686 geprüften Spielen

zugänge, aber nicht minder durch ältere Geschwister, Freunde usw. besteht dennoch die Problematik, dass sich Jüngere unter Umständen relativ einfach Zugang zu erst für Ältere freigegebene Spielen verschaffen können. Hier muss der Staat die Eltern in die Pflicht nehmen. Sie sollten nicht nur beobachten, was ihr Kind spielt, sondern es auch in die Lage versetzen, eigenständig die Gefahren von entsprechenden Spielen zu erkennen bzw. ihr Verbot zu akzeptieren. Dies wiederum fällt schwer, wenn die Eltern ihrerseits nur ein schwammiges Bild von dem haben, was sie verbieten wollen. Eine Beobachterrolle genügt nicht – es ist ein inhaltliches Verständnis notwendig, um überzeugend argumentieren zu können.

Allerdings sind nicht allein die Eltern von dieser Verantwortung betroffen. Es handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Kinder als Feinde

Ein anderes Problemfeld tut sich bezüglich der Verletzung

Angemerkt

**Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,**

nun steht schon wieder ein Jahreswechsel vor der Tür und in diesen Tagen beginnt die Adventzeit.

Aus diesem Grunde ist es an der Zeit, das Jahr 2006 einmal Revue passieren zu lassen. Dabei stelle ich fest, dass die Seniorinnen und Senioren auch in diesem Jahr von Kürzungsmaßnahmen und finanziellen Einbußen nicht verschont geblieben sind. Sie fragen sich:



„Was müssen wir in den nächsten Jahren noch alles hinnehmen?“

Ob finanzielle Einbußen im Beihilfereich, Weihnachtsgeldkürzungen oder sogar -streichungen, sowie in einigen Bundesländern die Nichtübernahme unserer Tarifabschlüsse im Beamtenbereich, ganz zu schweigen von den Nullrunden bei den Rentnern und auch den Versorgungsempfängern. Die Gesundheitsreform und die anstehende Reform zur Pflegeversicherung werden sicher auch ihre Spuren in unseren Geldbeuteln hinterlassen.

Und das alles, obwohl die Wirtschaft angeblich brummt und künftig noch mit Steuergeschenken bedacht werden soll.

Wollen wir das alles wider-

standslos hinnehmen? Ich meine, dass wir den politisch Verantwortlichen unmissverständlich klar machen müssen: Die Schmerzgrenze ist erreicht!

Eine Form dafür ist, unseren Protest öffentlich deutlich zu machen. Der DGB hatte bereits zu Protestdemonstrationen gegen die unverhältnismäßig hohen Belastungen, die jeden Einzelnen von uns treffen, aufgerufen. Bei den Auftaktdemonstrationen am 21. Oktober waren wir als GdP zahlreich vertreten und wir werden es auch bei weiteren politischen Veranstaltungen sein. Widerstandslos werden wir die unsozialen Reformen jedenfalls nicht hinnehmen.

Aber es gab durchaus auch

Erfreuliches im vergangenen Jahr – z. B. die Seniorenreise in die Türkei. Extra für den Reisebericht darüber haben wir übrigens ausnahmsweise unser Seniorenjournal auf drei Seiten erweitert.

Trotz der Einschränkungen und Einschnitte möchte ich allen Seniorinnen und Senioren sowie ihren Familienangehörigen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Neues Jahr wünschen.

Vielleicht sehen wir den einen oder anderen auf unserer nächsten Seniorenreise 2007.

**Artur Jung,
Bundesseniorenvorsitzender**

Bemerkungen zu den Alterseinkünften

Was die rot-grüne Koalition in den letzten Jahren an Sparmaßnahmen beschlossen hat, wird unter der neuen Regierung mit der Bundeskanzlerin Merkel dankbar angenommen und weitergeführt mit den bekannten Einschränkungen und Auswirkungen für die Senioren. Für einen haushaltspolitischen Sanierungsfall werden die alten Leute gern dazu benutzt, die Kassen zu füllen und sie dabei ins soziale Abseits zu schieben.

Seit 2004 und somit im dritten Jahr gibt es keine Rentenerhöhungen trotz zunehmenden Kaufkraftverlustes. Für die Pensionäre werden die Sonderzahlungen gekürzt, um sie wirkungsgleich zu belasten. Was man dem Einen nicht mehr gibt, nimmt man dem Anderen. So einfach geht das heute.

Am 11. Juni 2004 wurde das Alterseinkünftegesetz verabschiedet, dessen Auswirkungen jetzt zu spüren sind. Das Gesetz, auf Grund einer Entscheidung

des Bundesverfassungsgerichts erlassen, regelt die Besteuerung von Renten und Pensionen ab 2005. Renten werden nicht mehr mit dem Ertragsanteil von durchschnittlich 27 bis 32 Prozent besteuert, sondern mit einem Steuersatz von 50 Prozent des Einkommens.

Steuerpflichtig ist jeweils die gesamte Jahresbruttorente abzüglich des Grundfreibetrages von 7.664 Euro und individueller Abzugsmöglichkeiten. Die tatsächliche Steuerbelastung eines einzelnen Rentners ist von vielen Faktoren abhängig, wie Familienstand, Krankenversicherungsbeiträge und ggf. außergewöhnliche Belastungen u.a. Aussagen zur Steuerbelastung können daher immer nur der groben Orientierung dienen. Berücksichtigt man bei einem allein stehenden Rentner, der keine weiteren Einkünfte hat alle steuerlichen Abzugsmöglichkeiten, so dürfte für eine Jahresbruttorente

von rund 19.000 Euro im Jahre 2005 keine Steuern zu zahlen sein.

Praktische Umsetzung dauert

Bei 19.000 Euro Jahresbruttorente beträgt der Rentenfreibetrag 50 Prozent, also 9.500 Euro, die andere Hälfte ist steuerpflichtiges Einkommen. Von diesem können Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge sowie kleinere Pauschbeträge abgezogen werden, so dass das zu versteuernde Einkommen in etwa nicht mehr als 7664 Euro beträgt und somit unter dem Grundfreibetrag liegt. Wenn keine weiteren Einkünfte (Betriebsrente, Mieteinnahmen, Kapitalerträge usw.) vorliegen, hat der Rentner demnach erst bei einer Jahresrente von mehr als 19.000 Euro (rund 1.580 Euro monatlich) Steuern zu zahlen.

Nach Schätzungen der DEUT-

SCHEN RENTENVERSICHERUNG (früher BfA und LVA) bleiben zunächst drei Viertel aller Rentenhaushalte weiterhin steuerfrei.

Um die Einkünfte eines Rentners zu erfassen, hat jetzt die Bundesregierung die „Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen“ (ZfA) geschaffen, die der DEUTSCHEN RENTENVERSICHERUNG angegliedert ist. Die hat die Aufgabe alle Renten zu erfassen und den Landesfinanzbehörden zu übermitteln. Dazu erhält jeder Rentner eine Identifikationsnummer zugeteilt. Die praktische Umsetzung des Rentenbezugsmitteilungsverfahrens wird sich nach einer Einschätzung der Bundesregierung wohl bis Anfang 2008 hinziehen.

Beamte sind bekanntlich lohnsteuerpflichtig und mussten deshalb, wenn sie zusätzlich eine Rente beziehen, diese in ihrer Einkommenserklärung angeben.

Nachdem sie dadurch beim Finanzamt bekannt sind, haben sie mit ihren Unterlagen für die Einkommenssteuererklärung 2005 den Vordruck „R“ (Rente) zugesandt bekommen, um ihre Renteneinkünfte mitteilen zu können. Die Steuererklärung war bis zum 31.5.2006 einzureichen. Bei dem inzwischen ergangenen Steuerbescheiden wurde die 50%-Regelung angewandt.

Die Rentenbesteuerung bleibt nicht bei der 50%-Belastung, denn ab 2006 steigt sie jährlich mit zunächst 2 Prozent und dann 1 Prozent bis im Jahre 2040 hundert Prozent erreicht sind.

Die nicht zu versteuernden 50% Rente im Jahr 2005 gelten als Steuerfreibetrag, der über die gesamte Dauer des Rentenbezugs gilt.

Das Alterseinkünftegesetz sieht auch eine „wirkungsgleiche“ Übernahme auf die Versorgungsbezüge der Beamten vor. Danach wird im gleichen Zeitraum der steuerliche Versorgungsfreibetrag abgebaut. Siehe dazu DEUTSCHE POLIZEI, Ausgabe 10/04, Seite 37.

Wer auf Grund der Rentenhöhe bereits früher eine Einkommensteuererklärung hätte abgeben müssen als für 2005, dies aber nicht gemacht hat, muss befürchten wegen Steuerhinterziehung oder Steuerverkürzung belangt zu werden. Auch kann es deshalb zu Nachzahlungen kommen, wenn die Aufforderung etwa 2008 erfolgen sollte und die Steuerpflicht bereits 2005 gegeben war.

Die unsägliche Klage eines Beamten wegen seiner vermeintlich ungleichen Besteuerung seiner Versorgungsbezüge gegenüber den Rentnern hat nun dazu geführt, dass er weiterhin wie bisher besteuert wird und seinen Versorgungsfreibetrag mit der Zeit verliert. Die Angleichung der Einkommensbesteuerung ist damit negativ erfolgt, weil nicht die Beamten weniger belastet werden, sondern die Rentner mehr, die nun die eigentlichen Verlierer sind. **Bg.**

Konflikt zwischen den Generationen?

Seniorengruppe und Junge Gruppe verabreden sich zum Dialog der Generationen!

Ende September trafen sich am schönen Bostalsee im nördlichen Saarland unter Leitung des Bundesvorsitzenden der JUNGE GRUPPE, Sascha Göritz, und des Bundesvorsitzenden der Seniorengruppe, Artur Jung, Repräsentanten der JUNGE GRUPPE und der Seniorengruppe aus dem Saarland. Ziel dieses Treffens war es, modellhaft auszuloten, ob ein Projekt, das Heinz Blatt (Vorgänger im Amt des Bundesvorsitzenden) angestoßen hatte, in der GdP zu realisieren ist. Dieses Projekt war unter dem Titel Mentoring bekannt gemacht worden und sollte versuchen, eine Brücke zwischen den Generationen in der GdP zu schlagen, weil man festgestellt hatte, dass die Kommunikation zwischen Jung und Alt in unserer Gewerkschaft abgerissen scheint. Dieses Vorhaben hat sich neben uns Saarländerinnen und Saarländern als Modellregion auch noch der Landesbezirk Hessen auf die Fahnen geschrieben. Eingeladen zu unserem saarländischen Projektstart waren auch noch eine junge Kollegin und ein junger Kollege aus Sachsen-Anhalt, welche diese Idee in ihrem Landesbezirk ausprobieren wollen.

Mentoring, wie es Heinz Blatt propagierte, hat zum Ziel, die äl-

teren Mitglieder fester an die GdP zu binden und die jüngeren Mitglieder zur GdP hinzuführen. Ein individuelles Austausch-Verhältnis zwischen älteren und jüngeren Kolleginnen und Kollegen soll – so das Konzept – dabei relativ fest geknüpft werden und zur Förderung der Kompetenz junger Kolleginnen und Kollegen



Beste Stimmung bei konstruktiver Projektarbeit Foto: Dirk Schnubel

in der Gewerkschafts- und Personalratsarbeit dienen. Natürlich dürfen auch berufliche Belange dabei eine Rolle spielen. Der Profit für ältere Mitglieder soll im Gebraucht-Werden für die Zukunft der Gewerkschaftsarbeit liegen.

Strenger Rahmen nicht akzeptabel

Um es vorwegzunehmen: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses ersten Sondierungstreffens anerkennen voll und ganz die Zielsetzung, wie sie Heinz Blatt als herausragende Zukunftsaufgabe für die GdP formuliert hat: Jung und Alt müssen wieder in einen Dialog der Generationen eintreten, wenn

die GdP eine gute Zukunft haben will. Nur den strengen Rahmen, in dem sich dieses „Mentoring“ vollziehen sollte (unter Festlegung von vertraglichen Absprachen von Inhalten und Abläufen der individuellen Förderung), wollte man einhellig nicht akzeptieren. Vielmehr hat man sich verabredet, sich zukünftig

in den jeweiligen Gremien der Personengruppen zu treffen, um sich über die wichtigsten Anliegen der unterschiedlichen Altersgruppen zu informieren. Das Ziel ist gestellt, diesen Austausch der Generationen bis in die Kreisgruppen hinein zu tragen und diesen wertvollen Dialog zu organisieren.

Für die Bundesebene könnte man sich vorstellen, diesen Dialog in einem regelmäßigen Forum der Generationen festzuschreiben und dort die wichtigsten Problemfelder, die sich zwischen den unterschiedlichen Altersgruppen in der GdP auf-tun, aufzureißen und unter der Maßgabe der Generationengerechtigkeit zu beleuchten.

Artur Jung

SENIORENREISE

Erlebnis und Erholung super gemischt

Ziel der 6. Bundesseniorenfahrt 2006 vom 2.-18. September 2006 war das Hotel Marmaris Palace im gleichnamigen Bade-

angenehmen Urlaubs erwartet: Restaurationen, Bars, ein türkisches Café, Shops, Friseur und ein Wellness-Center mit Hallen-

Swimmingpools, Bars und Restaurants, Sonnenterrassen, Amphitheater und nicht zuletzt der Strand mit drei Stegen, der zum Sonnenbaden einlud, perfektionierte den Aufenthalt im Marmaris Palace Hotel – zumal das Personal in jeglicher Beziehung hilfsbereit, freundlich und immer bemüht war, den Gästen jeden Wunsch von den Augen abzulesen.

Der Tag begann in aller Regel mit einem gemeinsamen Frühstück auf der Sonnenterrasse. Ob dann jemand ins kristallklare Meer baden ging, Ausflüge nach Marmaris oder Icmeler zum Sightseeing oder Shopping machen wollte oder sportliche Aktivitäten wie Wasserskifahren, Paragliding, Aerobic, Volleyball, Basketball, Minigolf, Tischtennis – kurz gesagt die gesamte Palette der Fitness-Sportarten bis hin zum Eislaufen – bevorzugte, es war für alles gesorgt.

Damit niemand der Langeweile zum Opfer fallen konnte, hatte unsere Reiseleitung etliche Ausflüge und Veranstaltungen

erste Tagesausflug führte nach Dalyjan zum Strand der Caretschildkröten. Nach einem anschließenden Besuch der lykischen Felsengräber gab es Gelegenheit zu einem Schlammbad und zu Badespaß im Meer. Angenehm müde kamen die Ausflügler nachmittags wieder im Hotel an.

Der nächste Ausflug bescherte uns ein echt türkisches Frühstück im Schatten uralter Bäume und führte danach nach Mugla zum Besuch eines türkischen Basars. Anschließend besuchte die Gruppe die Polizei in Mugla, wo sie vom stellvertretenden Polizeipräsidenten empfangen und mit eisgekühlter Schokolade und türkischem Tee bewirtet wurde – sehr stilvoll und informativ, bis hin zum Austausch von Gastgeschenken. Nach einem Mittagessen am Akyakfluss unter schattigen Bäumen ging es zurück nach Marmaris zu einem Besuch bei der dortigen Polizeidienststelle, der wegen der angespannten Sicherheitslage allerdings nur kurz ausfiel.



Der stellv. Polizeipräsident von Mugla bekommt vom Organisationssekretär Dietmar Michael ein GdP-Wappen mit den Wappen der Bundesländer überreicht.

ort in der türkischen Ägäis. Angesichts der Beschreibung der Anlage im Prospekt und der blumigen Schilderungen der paradiesischen Verhältnisse war die Vorfreude groß.

Und dann knallte es!

Ausgerechnet in Marmaris zündeten Terroristen drei Bomben. Wen wundert's, dass ein großer Teil der für die Senioren-Reise Angemeldeten dann doch auf den Türkeibesuch verzichtete. Diejenigen, die dennoch fuhren, haben einen zauberhaften Urlaub in traumhafter Umgebung verlebt:

Bei der Ankunft erwartete uns ein Hitzeschwall: 35 Grad im Schatten sind für einen Mitteleuropäer eben recht schweißtreibend. Doch die Hotelanlage bot alles, was der Normalurlauber zur Gestaltung eines umfassend



Vor dem Polizeipräsidium in Mugla

bad standen jederzeit zur Verfügung. Die Außenanlage mit zwei

geplant, an denen jeder nach Belieben teilnehmen konnte. Der

Beim großen GdP-Animationsabend im Hotel erlebten wir

einen kurzweiligen Abend, der verborgene Talente offenbarte: Es war bühnenreif, was Dietmar Michael als Conferencier bot: Kurzweilig zog er das Quiz „Wer wird Millionär“ auf. Die teils kniffligen Fragen forderten die Teilnehmer ganz schön, aber es war eine Riesengaudi, vor allem, als der Gewinner seine „Million“ ausgehändigt bekam – einen Geldschein über eine Million alte türkische Lira, Wert gleich null. Anschließend wurden GdP-Werbemittel versteigert, um den Trinkgeldfonds für das Personal aufzufüllen. Dabei wurde um die banalsten Kleinigkeiten heftig gerungen, so dass ein erkleckliches Sümmechen zusammenkam. Manch einer ergatterte ein

Athen noch ein Dorf und Rom überhaupt noch nicht gegründet worden waren.

den Auftritt einer Bauchtänzerin, die den alten Herren ganz gehörig einheizte.



Imbiss unter schattigen Bäumen Foto: Hecker (1), Michael (3)

Resümierend bleibt festzustellen, es war eine wunderschöne Fahrt. Die Gruppe harmonierte sehr gut, Missstimmung war ein Fremdwort, gegenseitige Hilfsbereitschaft und eine nicht aufgetragene Freundlichkeit bestimmten den Umgang miteinander. Durch die perfekte Organisation und Betreuung waren die Tagesabläufe angenehm und kurzweilig gestaltet. Eine rundum gelungene Reise, aber auch ein Maßstab für die nächste Bundesseniorenfahrt, deren Ausschreibung mit Spannung erwartet wird.

Klaus Hecker, Essen

Aus Platzgründen mussten wir den Reisebericht unseres Autors etwas kürzen. Die ausführliche Version seiner Schilderung mit weiteren Fotos steht auf der gdp-homepage, Menüpunkt DEUTSCHE POLIZEI, Ausgabe 12/06. Neben dem Artikel einfach auf den Button „Seniorenreise 2006“ klicken.

Eindrücke

Die Reise bleibt uns in guter Erinnerung, weil das Programm mit den angebotenen Veranstaltungen sehr abwechslungsreich war – ohne strapaziös zu sein. Das war auch auf die nette, freundliche und hilfsbereite Betreuung durch die Organisatoren zurückzuführen. Dies ist auch der Grund, an weiteren Bundes-seniorenfahrten teilzunehmen.

Josef Lang und Marga Joswig, Frankfurt



Immer beliebt und stets gut besucht die Vorträge des Kollegen Hans Adams

Vor dem Besuch der Ausgrabungsstätte besichtigte die Gruppe das Haus der Mutter Maria, eine christliche Kirche aus dem 11. Jahrhundert mit einer heilenden Quelle, eine Rarität in einem muslimischen Land. Aber auch die Ruine des Artemistempels mit seiner letzten fast 19 m hohen Säule, die Isabey Moschee und die Ayasuluk Burg waren beeindruckend.

Diesem anstrengenden Tag folgte eine geruhsam Boots-fahrt in der Bucht von Marmaris, die eine Menge beeindruckender Naturschönheiten von der Steilküste bis zu geheimnisvollen Höhlen zu bieten hat. Nebenbei gab es ausreichend Gelegenheit zu relaxen und zu baden. Aufgelockert wurde das Ganze durch

Ein Tagesausflug nach Rhodos vervollständigte das Fahrtenprogramm. Mit dem Katamaran ging es in flotter Fahrt zu dieser griechischen Insel.

Bleibe noch etwas zu den Veranstaltungen im Hotel zu sagen. Die Reiseleitung hat sich sehr um ihre Reisenden bemüht. Abgesehen von der täglichen GdP-Sprechstunde im Hotel-Foyer waren Dietmar Michael, Hans Adams und Thomas Klein ständig ansprechbar und haben kleinere und größere Probleme zur Zufriedenheit aller souverän gelöst. Nicht unerwähnt bleiben dürfen die Vorträge, die Hans Adams in gewohnt professioneller Manier über Gewerkschafts- und Beamtenpolitik gehalten hat.

Schätzchen, mit dem er später sicher nichts anfangen konnte. Trotzdem, der Spaßfaktor war immens.

Ein weiteres Ausflugsziel war Ephesus mit den Ausgrabungen der uralten griechischen Stadt. Eine weite Fahrt, aber der Aufwand hat sich gelohnt. Die uralten Hinterlassenschaften griechischer Kultur waren in jeglicher Beziehung beeindruckend und vermitteln auch heute noch den Glanz und die Macht dieser griechischen Metropole, die mit ihrem Amphitheater, mit der Bibliothek, der Agora, den breiten Strassen, den Überresten von Geschäften und sozialen Einrichtungen bereits als Großstadt bezeichnet werden musste, als

MEINUNG

Das 11. bis 15. Gebot für Beschäftigten des öffentlichen Dienstes

11. Du sollst mehr Eigenverantwortung übernehmen!

Bringe gefälligst mehr eigenes Geld für deine Alters- und Gesundheitsvorsorge auf! Sonst wird es dir und deiner Familie einstmals schlecht ergehen.

12. Du sollst nicht aufmucken, sondern schlucken!

Sei froh, dass du einen Arbeitsplatz hast, auch wenn Gehalt oder Lohn hinter der allgemeinen Entwicklung zurück bleiben! Demonstrationen und Streiks gehö-

ren sich nicht – sie sind für die fürsorglichen öffentlichen Arbeitgeber beleidigend.

13. Du sollst nicht mitbestimmen!

Gewerkschaften, Personal- und Betriebsräte sind überflüssig. Sie

engen die Entscheidungsfreiheit der Gebietenden ein. Der patriarchalische Staat wird es schon für dich richten. Vertraue allein auf ihn! Er weiß auch bei allen Sparmaßnahmen und Reformen deine Interessen zu wahren, ohne dich zu fragen.

14. Du sollst Bürokratie abbauen!

Weniger Staat soll sein! Dafür muss viel mehr Personal abgeschmolzen werden. Schließlich steht der öffentliche Arbeitgeber auch hierbei im Wettbewerb mit der Wirtschaft, selbst wenn er



nicht mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer drohen kann.

15. Du sollst kaufen, kaufen, kaufen!

Konsum bedeutet freudige Investition. Der Export beschert zwar schöne Gewinne, aber die Binnennachfrage lahm. Wer nicht mehr kauft, ist ein unsolidarischer Mensch und verhält sich passiv gegenüber dem Sozialprodukt. Allein dessen Steigerung mit einhergehender Gewinnmaximierung ist der Maßstab des Wohlstandes. Du hast nicht genug Geld? Macht nichts! Kredite gibt es überall. Und wenn du die nicht mehr bedienen kannst: Die private Insolvenz hilft weiter!

Sollten Risiken und Nebenwirkungen auftauchen, so frage die Innen- oder Finanzminister. Die sind um keine unbefriedigende Antwort verlegen.

Die Ähnlichkeit mit dem biblischen Sprachduktus ist nicht rein zufällig. Auch Gott hat Moses diktiert! Aber der Gott des Alten Testaments hat damit ideelle Werte in diese Welt gesetzt, an denen sich die Menschen noch heute orientieren (sollten!).

Wer hat noch mehr „Gebote“ empfangen? **Dieter Block**

7. Bundesseniorenfahrt der GdP vom 13. - 27.9.2007 nach Bulgarien Sonnenstrand

Wie in den vergangenen Jahren findet auch 2007 eine Bundesseniorenfahrt statt. Mit dem Hotel Majestic****+ haben wir ein preislich attraktives Angebot gefunden, ohne auf Leistung und Komfort verzichten zu müssen. Am Rande des Seebades Sonnenstrand gelegen, bietet das Hotel mit seiner großzügigen Pool- und Gartenanlage Ruhe und Erholung.

Das Hotel liegt nur durch die Uferpromenade getrennt am feinsandigen Strand der Schwarzmeerküste. Zum Zentrum des Seebades Sonnenstrand sind es ca. 3 Kilometer.

Das moderne, im August 2005 neu eröffnete Hotel der gehobenen Mittelklasse verfügt über 728 Zimmer. Zu den Annehmlichkeiten

für die Gäste gehören eine großzügige Empfangshalle mit Rezeption und Sitzgelegenheiten, Lifte, Lobbybar, Internetraum, Animationsraum, ein Hauptrestaurant sowie ein á-la-carte-Restaurant, Snackbar, Friseur, Shop und ein Arzt. Im gepflegten und großzügig gestalteten Außenbereich befinden sich die 2 von Sonnenterrassen umgebenen Swimmingpools und Pool-Bar.

Liegen, Sonnenschirme und Badetücher sind am Pool inklusive. Das Hotel bietet ein umfassendes Unterhaltungsprogramm, welches selbstverständlich vom GdP-Reisebegleiterteam mit Vorträgen und Abendprogrammen für die Teilnehmer der Bundesseniorenfahrt noch abwechslungsreicher gestaltet wird. Gegen

Gebühr bietet die Hotelanlage Tennis und Billard, ein Spa-Center mit Fitnessraum, Massage, Sauna, ein türkisches Bad und Jacuzzi.

Die Zimmer sind geschmackvoll und komfortabel eingerichtet, mit Bad, Balkon, Klimaanlage, Fön, Telefon, Sat-TV, Minikühlschrank (gegen Gebühr) und Mietsafe. Sie haben überwiegend Meerblick.

Das Hotel Majestic bietet den Gästen normalerweise nur Halbpension. Die GdP-Gäste erhalten exklusiv im Rahmen der Bundesseniorenfahrt eine Alles-inklusive-Verpflegung. Diese beinhaltet die drei Hauptmahlzeiten mit einheimischem Wein, Bier und alkoholfreien Getränken. An der Lobby – und der Pool-Bar – von 10 bis 24 Uhr (letzte Bestellung) und im Animationsaal von 18 bis 24 Uhr – einheimische alkoholfreie und alkoholische Getränke sowie einen alkoholfreien und zwei alkoholische Cocktails, Kaffee und Tee. Es ist gelungen, mit dem Reiseveranstalter für unsere Gruppe einen besonders günstigen Preis für dieses Gesamtpaket zu vereinbaren.

Unser Angebot zur 7. Bundesseniorenfahrt:

p. P. im DZ/AI ab 598 Euro
Kein Einzelzimmerzuschlag
(www.majestic-bg.com)

Zzgl. Flughafenzuschläge

Bei Interesse an unserer 7. Bundesseniorenfahrt fordern Sie Informationen und den Anmeldebogen bitte mit dem nachstehen Coupon an!



Die Anlage des Hotels Majestic****+ bietet mit seiner großzügigen Pool- und Gartenanlage Ruhe und Erholung. Foto: DM



GdP-Bundesvorstand
Stichwort:
7. Bundesseniorenfahrt
Carmen Kriebler
Forststraße 3a
40721 Hilden
Tel.: 0211/7104-209
Fax: 0211/7104-145

Bitte senden Sie Informationsmaterial und Anmeldebogen für die Bulgarienreise an:

Name/Vorname: _____

Straße: _____

Wohnort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____